

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Der Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Der „Tuberkulose-Kongress“, wie er kurzweg genannt wird, beginnt heute im Reichstagsgebäude seine Verhandlungen.
Trotzdem der Byzantinismus recht wenig angenehm berührt,
der sich auch an diese, rein humanitären Zwecken dienende
Veranstaltung knüpft, begrüßt die Arbeiterschaft Deutschlands
dies Ereignis mit Freuden, und sie wünscht den Kongress-
teilnehmern guten Erfolg für ihre Bestrebungen.

Ist doch die Krankheit, deren Bekämpfung sich der Kongress
zur Aufgabe gemacht hat, — die Tuberkulose, oder mit ihrem
deutschen Namen: die Schwindsucht — eine „Volkskrankheit“
in jeder Bedeutung dieses Wortes, eine „Volkskrankheit“
namentlich auch in dem Sinne, daß die Seuche mit ganz be-
sonderer Schärfe unter dem Proletariat wüthet. Wir können
es uns heute ersparen, ausführlich zu begründen, warum man
durchaus berechtigt ist, die Tuberkulose als „die Proletarier-
krankheit“ zu bezeichnen; denn wir zweifeln nicht, daß die
Verhandlungen des Kongresses, über die ja auch der „Vor-
wärts“ eingehend berichtet wird, diese Seite der Frage hin-
reichend beleuchten werden.

Weil die Schwindsucht „die Proletarierkrankheit“ ist, weil
für ihre Entstehung und Ausbreitung wirtschaftliche Verhält-
nisse — Unterernährung, Ueberarbeit, Wohnungsnot, Mangel
an guter Luft usw. — von hervorragender Bedeutung sind,
deshalb ist ja leider ein voller Erfolg der Bestrebungen,
welchen der Kongress dient, solange nicht zu erwarten, als
nicht die Ursache dieser wirtschaftlichen Verhältnisse, die
kapitalistische Gesellschaftsordnung, beseitigt ist: Aber das
ehrliebe Streben, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen,
wird doch immerhin einigen Erfolg erzielen, und dieser Erfolg
wird, wiederum weil es sich um „die Proletarierkrankheit“
handelt, zumeist dem Proletariat zu gute kommen. Und
daß ehrliebe Streben in diesem Sinne den Kongress
und insbesondere die Kongressleitung besetzt, dafür bürgt uns
allein schon der Umstand, daß man bereitwilliger, als dies
sonst zu geschehen pflegt, auch die Mitwirkung der Arbeiter-
schaft selbst und ihrer Vertreter auf dem Kongress zugelassen
hat. Freilich konnten die Veranstalter des Kongresses nicht
verkennen, daß ohne die vorausgegangenen, häufig mißdeuteten
und verlästerten Bemühungen der Arbeiterklasse die Idee des
Tuberkulose-Kongresses nimmermehr solchen Anklang gefunden
hätte, wie es jetzt der Fall ist.

Die Arbeiterschaft hat die ihr dargebotene Hand an-
genommen; sie hat zahlreiche Vertreter — Vorstands-
mitglieder von Krankenkassen und Invaliditätsanstalten —
zum Kongress entsandt, welche sich dort mit den versammelten
Männern der Wissenschaft und Verwaltungsbeamten vereinigen
werden zu gemeinsamer Arbeit für die Armen der
Armen: die erkrankten Proletarier.

Wie diese Vertreter der Arbeiterschaft ihre ganze Kraft
für das Gelingen des Werkes einsetzen, so hegen auch wir den
aufrichtigen Wunsch, daß die Thätigkeit des Kongresses von
Erfolg gekrönt sein möge.

Mit besonderer Freude aber begrüßen wir im Namen
der Berliner Arbeiterschaft die Krankenkassenver-
treter, welche der Kongress hierher geführt hat. Ihre
Thätigkeit wird mit dem Schluß des Kongresses nicht enden,
sondern sie werden sich nach demselben mit den Vertretern der
Berliner Kassen zu der „Krankenkassenkonferenz“
vereinigen, welche die „Centralkommission der Krankenkassen
Berlins“ auf Sonntag, den 28. Mai, einberufen hat.

Auch diesem Teile ihrer Thätigkeit wünschen wir besten
Erfolg. Wir hoffen, daß die Konferenz den Grundstein bilden wird
für einen Zusammenschluß sämtlicher Krankenkassen Deutschlands,
zu einer Organisation, welche dieselben befähigen würde, die
allen gemeinsamen Zwecke und Ziele mit vereinter Kraft
und dadurch um so nachhaltiger zu vertreten. Dies
Ziel muß gelingen, wenn alle Teilnehmer der Konferenz
sich über die Bedeutung einer solchen Maßregel klar sind,
wenn sie erkennen, daß nur der Zusammenschluß den Kranken-
kassen das Maß von Einfluß sichern kann, welches ihnen von
Rechtswegen gebührt. Denn dann wird sich es von selbst
ergeben, daß man das Einende betont, das Trennende zurück-
stellt, und es wird so nicht schwer fallen, die Grundzüge einer
kraftvollen, einheitlichen Organisation für
die Krankenkassen Deutschlands zu schaffen.

Erst eine einheitliche Organisation aber ermöglicht den
Krankenkassen die volle Ausnutzung ihrer Mittel zur Vinderung
der Leiden des kranken Proletariats, und dient somit
dem Proletariat als Waffe in seinem Be-
freiungskampfe.

Samuel Kokošky †.

Am zweiten Pfingstfeiertag Abend ist unser alter Genosse
Samuel Kokošky nach längerem Leiden verschieden. Er starb, ein-
undsechzig Jahre alt, im jüdischen Krankenhaus, in das er vor vier-
zehn Tagen gebracht werden mußte, weil die selbst leidende Ehefrau
ferner nicht mehr in hause war, seine Pflege zu übernehmen.
Kokošky war von Jugend auf stich und sein Siedentum hat ihn sein
Leben lang nicht verlassen, aber er ertrug sein Schicksal mit philo-
sophischem Gleichmut. Dabei hatte ihn die Natur mit einem be-
neidenswerten Humor ausgestattet, so daß er in seinen
späteren Jahren ein guter Gesellschaftler war, der namentlich auf
den Parteitagen, nach des Tages Arbeit und Mühe die Genossen

mit humorvollen Reden zu unterhalten wußte und einem Kommerz
zu präsidieren verstand wie selten einer.

Kokošky, ein geborener Königsberger, studierte in seiner Vaterstadt
Jurisprudenz. Sehr regen Geistes wurde er frühzeitig in die politische
Bewegung gerissen und gehörte zu den Verehrern Johann Jacobys. Ende
der sechziger Jahre gab er in Königsberg die „Demokratischen Blätter“
heraus, die auf dem Standpunkt der damaligen äußersten Linken
standen und mit der Socialdemokratie sympathisierten. Der Ueber-
tritt Johann Jacobys in die socialdemokratische Arbeiterpartei nach
dem Ausgang des Leipziger Hochverratsprozesses gegen Liebknecht
und Bebel, veranlaßte auch Kokošky sich der Socialdemokratie
offiziell anzuschließen. Er wurde kurz darauf Redacteur des von
dem verstorbenen Genossen Grade gegründeten „Braunschweiger
Volksfreundes“ und des damit verbundenen „Leucht-
tugeln“. Beide Blätter fielen 1878 dem Socialistengesetz zum Opfer,
ebenso die von Kokošky übersehte Schrift „Ein Komplott wider die
Internationale Arbeiter-Association“, die sich gegen das Treiben
Bakunins richtete. Auch eine Reihe von Gefängnisstrafen mußte
Kokošky wegen seiner redaktionellen Thätigkeit verbüßen, zuletzt noch
in Plöbensee wegen Beschimpfung der christlichen Religion. Wie so
vielen anderen, so brachte auch Kokošky die Zeit des Socialisten-
gesetzes keine Rosen. Obgleich sehr bescheldeten in seinen Lebens-
ansprüchen, mußte er sich höchst kümmerlich durchschlagen. Anfang
der 90er Jahre siedelte er nach Berlin über, wurde aber kurz darauf
sängere Zeit auf das Krankenlager geworfen. Aber auch dieses ver-
mochte nicht seinen Lebensmut zu drehen. Kaum genesen, über-
nahm er die Redaktion der „Neuen Welt“ und entschloß
sich jetzt, seine Jugendgeliebte, mit welcher er in über
dreißigjährigem Brautstande gelebt, zu ehelichen. Doch
nach knapp dreijähriger redaktioneller Thätigkeit nötigte ihn
sein körperlicher Zustand, die Redaktion wieder niederzu-
legen; sein Leiden verschlimmerte sich langsam aber stetig, bis end-
lich der Tod ihn davon erlöste.

So ist mit Kokošky wieder ein alter Kämpfer für die Partei
dahingegangen, die Partei wird sein Andenken in Ehren halten und
insbesondere diejenigen unter uns, die mit ihm die Jahre schwerer
Kämpfe durchlebten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Mai.

Kommunale Wahlrechts-„Reform“.

Dem Abgeordnetenhaus ist jetzt der seit langem an-
geforderte Gesetzentwurf zugegangen, durch den das kommunale
Dreiklassen-Wahlrecht reformiert werden soll. Ein offiziöser
Artikel der „Verl. Corr.“ gesteht aber selbst zu, daß der
Gesetzentwurf den Namen einer „Reform“ zu Unrecht führt.
Es sollen lediglich die Verschiebungen des Wahl-
rechts, welche die Steuerreform von 1891 herborgern hat,
ausgeglichen werden.

Infolge der Miquel'schen Steuerreform schmolzen die beiden
ersten Wählerabteilungen erheblich zusammen und die dritte
Wählerabteilung wuchs noch über ihre frühere große Stimmen-
zahl hinaus. Es sanken zahlreiche Angehörige der sogenannten
Mittelklasse aus der zweiten in die dritte Wählerabteilung,
und mancher schwerreiche Mann, der einst stolz mit einem
oder zwei anderen seinesgleichen die erste Wählerabteilung aus-
füllte, sah sich in die zweite Abteilung veretzt. Besonders die
Zusammenverzung zahlreicher Kleinkapitalisten, Mittelbeamter,
Lehrer usw. mit den besitzlosen Proletariatsmassen in der
3. Klasse erregte in den betroffenen Kreisen schweren Verdruß.
Dieser Verdrießlichen Fürsprecher wurde insbesondere die
Centrumpartei, deren Anhänger gerade sich in tiefere
Abteilungen hinabgedrängt sahen, während die schweren
nationalliberalen Geldsäde auf der höheren Staffeln
blieben und das Regiment in den Kommuneverwaltungen oft
gänglich an sich rissen.

Der neue Gesetzentwurf will nun dadurch Abhilfe schaffen,
daß neben dem bisherigen Princip der Steuer-Dritte-
lung der Grundfah gelten soll, daß Wählern, deren Steuer-
betrag über ein bestimmtes Mittelmaß hinaus-
geht, auch ein Wahlrecht wenigstens in der mittleren, das
heißt der zweiten Klasse, zu gewährleisten ist. Als
jenes „Mittelmaß“ gilt der rechnerische Durch-
schnitt, der aus dem gesammten, der Abteilungsbildung
zu Grunde liegenden Steuerbeträge auf den einzelnen Ge-
meindewähler entfällt. Um die Tragweite der Neuerung dar-
zulegen, giebt die „Verl. Corr.“ folgendes Beispiel: In
Berlin schloß bei den November-Wahlen des Jahres 1897
die zweite Abteilung nach unten mit einer Steuerleistung von
943,60 M. ab, während der Durchschnittsfah für alle Ge-
meindewähler sich auf nur 160,60 M. bezifferte. Wähler, deren
Steuerleistung über letztere Ziffer hinausreicht, würden demnach
bei Geltung der neuen Vorlage, unter sonst gleichgebliebenen
Verhältnissen, den oberen Klassen zuzuweisen sein. Wie weit
dies Beispiel Berlins auf andere Gemeinden zutrifft, läßt sich
noch nicht ersehen. Die Abgrenzung nach dem Durchschnitt
greift nur zwischen der zweiten und dritten Klasse Platz.
Die beiden oberen Klassen unter sich werden, wie
bisher üblich, nach der Quote der Steuersumme geschieden.
Die erste Klasse wird also keine starken Aenderungen erleiden.

Was also bedeutet diese Gesetzesvorlage, der der Brunkname
einer Wahlrechtsreform aufgelegt wird? Sie bedeutet eine
richtungslose Abgabe der Reaktion an das arbeitende Volk
Preußens, das eine wahrhafte Reform des staatlichen
sowie gemeindlichen Wahlrechts fordert.

Das schämliche Dreiklassenwahlrecht bleibt erhalten,
der Geldbeutel bleibt der Maßstab der politischen Reife, die
Diktatur der Kapitalistenklasse drückt die Lebensinteressen
der Arbeitenden zu Boden und verhindert die Ausgestaltung
der kommunalen Socialpolitik.

Die Gesetzesvorlage erscheint noch widerwärtiger durch
den Versuch, sie aus einer reaktionären Maßnahme zu einer
„Reform“ umzuwandeln. Die Mißthat des Dreiklassen-
Wahlrechts soll mit dem Heiligenschein der Gerechtigkeit
umwoben werden; es werden einige Zehntausende in die
privilegierte Klasse emporgehoben, damit sie durch das
Privilegium bestochen das System des Unrechts gelten lassen,
wider das alsdann die Hunderttausende der besitzlosen Masse
ohnmächtig murren mögen.

Und die großen bürgerlichen Parteien des preussischen
Landtags? Werden sie ein ernstes Wort finden für die Be-
rechtigung der Wünsche nach einem gleichen Wahlrecht für
alle Staatsbürger? Vorläufig zeigt sich nur eigenföchtigstes
Gezänk zwischen Centrum und Nationalliberalen. Diese
schmähen gegen die Regierungsvorlage, weil sie ihnen — zu ge-
recht ist, sie wünschen die Erhaltung des jetzigen Zustandes. Das
Centrum aber wirft sich für die Vorlage in die Breite,
lärmend von Erfüllung der berechtigten Wünsche des „Mittel-
standes“ gegenüber dem nationalliberalen Großkapital. So
fröhnt jede dieser Parteien dem engherzigsten Klassen-Egoismus.
Und die „Arbeiterfreunde“? Siehe und Geh!
sind ihre Wortführer! —

Preußen und der Ladenschluß.

In der Reichstags-Kommission für die Gewerbe-Ordnungs-
Novelle sind an dieser eine Anzahl Verbesserungen vor-
genommen worden, die schon während der Verhandlungen
den lebhaften Widerspruch der Regierungsvertreter herbor-
riefen. Gegen die wesentlichste Aenderung, die Einführung
des obligatorischen Ladenschlusses von 9 bis 5 Uhr,
wurde dann auch die ministerielle „Berliner Korrespondenz“
losgelassen, die das Schredgespenst des allgemeinen
Maximal-Arbeitstages „bis hinauf zum Gelehrten“ herauf be-
schwören mußte.

Jetzt wird auch die Meldung bestätigt, daß die Bundes-
regierungen durch Rundschreiben von Preußen aufgefordert
worden sind, die wesentlichsten Abänderungsbeschlüsse der
Kommission für unannehmbar zu erklären. Also eine all-
gemeine Mobilmachung in großem Stile. Als besonders un-
annehmbar wird der obligatorische Ladenschluß be-
zeichnet und die Beschlüsse der Kommission, die auf eine
Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes gerichtet sind.
Die preussische Regierung halte an dem fakultativen
Ladenschlusse unbedingt fest und bezüglich des Kranken-
versicherungs-Gesetzes halte sie es für unzulässig, in irgend
einen beliebigen, von ihr vorgelegten Gesetzentwurf Be-
stimmungen einzuflechten, die sich auf ein damit gar nicht in
Verbindung stehendes, besonderes Gesetz beziehen. Sie
halte ein solches Verfahren für umso schlechter angebracht, als
es sich im fraglichen Falle um ein Gesetz handle,
dessen Reformbedürftigkeit sie selbst bereits anerkannt
habe und das man umzugestalten längst entschlossen sei. Die
Vorbereitungen zu einer abermaligen Revision des Kranken-
versicherungs-Gesetzes seien im Reichsamt des Innern angeordnet.
Darüber wird dann noch ein langes und breites geredet und
der Entschluß verkündet, daß man sich einer solchen „Gelegen-
heits-Gesetzesmacherei“ entschieden widersetzen werde.

Gelegenheits-Gesetzesmacherei — mag sein; in der Kommission
ist erklärt worden, daß man durch den einstimmigen Beschluß
in dieser Frage die Regierung zu einer bestimmten Erklärung
im Plenum provozieren wollen. Man wird also, wenn die
Regierung bindende Erklärungen abgiebt, die Gewerbe-Novelle
an diesem Punkte sicher nicht scheitern lassen. Es nimmt sich
aber komisch aus, der Kommission Gelegenheits-Gesetzesmacherei
vorzuwerfen, wo doch unsere socialpolitische Gesetzgebung der
letzten Jahre im allgemeinen und die neueste Novelle zur
Gewerbe-Ordnung im besondern Gelegenheits-Gesetzesmacherei
der schlimmsten Art ist. Wir sind ganz entschieden gegen
Gesetzesfluchtsterei und für organische Reform — dann aber
wäre vor allen Dingen von der Regierung eine organische
Reform der gesamten Arbeiterthätigkeit - Gesetzgebung zu fordern.
Wird die angedeutete Revision des Krankenversicherungs-
Gesetzes eine organische Reform bedeuten? Wir haben nach
den bisherigen Erfahrungen allen Grund, dies zu bezweifeln.

Das viele Gerede über diese Kommissionsbeschlüsse macht
ganz den Eindruck, als sollte die Aufmerksamkeit von der
Randsterei in der Frage des Ladenschlusses durch die Flut
von Redensarten über andere Dinge abgelenkt werden.

Sehr kennzeichnend und für die Beurteilung der Haltung
der Regierung wertvoll ist die Stellung der „Freisinnigen Ztg.“
zu der Angelegenheit. Den unentwegten St. Manchester-
Engen hat heiliger Zorn ergriffen über die Kommissions-
beschlüsse, die ja sein Evangelium von der „ganz und
vollen“ Freiheit ein wenig antasten, und er findet sie deshalb
quasi ungeheuerlich. Uebergriffe der Reichstagskommissionen und
flagrante Verletzungen der Geschäftsordnung nennt er sie. So
wird Herr Richter Arm in Arm mit Herrn v. Posadowsky
die Rechte des Reichstages gegenüber seiner anmaßenden
Kommission wahrnehmen müssen. Ein schönes Bild! —

Streiks und Arbeiterunruhen in Rußland.

In Riga streiken seit einigen Tagen die Arbeiter mehrerer Fabriken. Die ersten Nachrichten, die darüber nach Westeuropa gelangten, gehen von dem Gouverneur von Livland aus und sind daher mit der nötigen Vorsicht aufzunehmen. Die Bekanntmachung des Gouverneurs lautet: Die Arbeiter einer Zigarrenfabrik veranfaßten unter der Forderung nach Lohnerhöhung einen Ausstand, vereinigten sich mit den Arbeitern der Maschinen- und Waggonfabrik „Phönix“, überfielen Polizei und Truppen, zerstörten Häuser und verübten Brandstiftungen. Jede Volksansammlung auf den Straßen wird verboten; Zusammenkünfte werden zur Verantwortung gezogen. Jede Ansammlung wird mit Waffengewalt auseinandergeprengt. Die Bewohner der Stadt werden aufgefordert, die Hofthore und Thüren zu verriegeln und nicht ohne dringenden Grund die Häuser nach 9 Uhr zu verlassen.

Aus Tilsit wird unterm 22. d. M. berichtet: Am 15. Mai brach in der dortigen Popowischen Fabrik ein Arbeiterausstand aus. Am 17. d. M. traten auch die Arbeiter der Waggonfabrik „Phönix“ in den Ausstand und verlangten eine Erhöhung ihres Lohnes. Hierbei gerieten lettische Arbeiter mit litauischen in Streit, weil die letzteren weniger Lohn verlangten. Es kam zu Schlägereien und das Militär schritt ein. Von den Arbeitern sollen mehrere tot und etwa 12 verwundet sein. — Wie der „Nowoje Wremja“ aus Riga gemeldet wird, ist der 22. Mai ruhig verlaufen. An den Exzessen der vorerwähnten Fabrik beteiligt.

Der „Deutschen Tageszeitung“ sind Privatnachrichten aus Riga zugegangen, aus denen das genannte Blatt glaubt schließen zu müssen, daß es sich bei den Unruhen um eine Deutsche-Hebe handelt. Die russische Obrigkeit, auslast von Anfang an die verhegten Anführer so kräftig anzufassen, daß ihnen die Lust zu weiteren Ausschreitungen vergeht, habe damit begünstigt, da die Bewegung sich nur gegen deutsche Fabrikbesitzer gerichtet habe. Die russischen Behörden sind dem Vandalentum also noch zu rücksichtsvoll.

Der Bewegung letzte Ursache — so heißt es in dem Blatt weiter — ist auch nicht in Lohnstreitigkeiten, sondern in der Verhöhnung durch socialdemokratische russische Studenten zu suchen. Zur Zeit der Studentenunruhen in Petersburg hatten auch die russischen Studenten des Rigaer Polytechnikums, die, wie die Mehrzahl der russischen Studenten überhaupt, fast nihilistisch und socialdemokratisch durchdrungen sind, Demonstrationen veranstaltet, die aber einen recht lässlichen Eindruck machten, da die gesamte deutsche Studentenschaft sich ebenso wie in Dorpat öffentlich von den Vandalenmachern löstete. Um so größer wurde natürlich der Haß gegen das sie umgebende Deutschland. Seit der Zeit bemühten sie sich, die teils russische, zum größten Teil aber lettische Arbeiterchaft gegen die deutschen Arbeitgeber aufzubringen.

Socialdemokratische Aufrufe an die Arbeiter Rußlands in deutscher, russischer und estnischer Sprache wurden von ihnen in die Fabriken hineingeschmuggelt. Auch an den Ausschreitungen in der vorigen Woche beteiligten sie sich. Unter Führung russischer Studenten demoblierten Vandalen nachts mehrere Häuser in Riga und versuchten sie in Brand zu stecken. Nun wird man wohl die anfängliche Jagdbarkeit der russischen Behörden den Aufstößern gegenüber begreifen! Es handelt sich ja um Leben und Eigentum von Deutschen, und da geht man mit dem fäuligen Pöbel so lange recht zart um, bis er die hohe Obrigkeit zu schmerzlichen Einsichten geradezu zwingt. — In Livland sollen sich ähnliche, nur weniger blutige Szenen, wie in Riga, abgespielt haben. Wie verlautet, ist auch dort der Belagerungszustand verhängt worden.

Viel Falsches scheint hier mit wenig Wichtigem vermischt zu sein, um den russischen Socialdemokraten ein auszuweichen. Wenn in dem Blatt gesagt wird, daß man früher von Arbeiterunruhen in Livland nichts gehört habe, so mag das richtig sein, eine zielbewußte Arbeiterbewegung dagegen besteht dort wie in West-Rußland schon seit längerem und haben wir in den letzten Jahren schon von vielen Streiks berichten können, die von den Arbeitern in vollster Geistesfreiheit und Ordnung durchgeführt wurden. Wo es zu Unruhen gekommen, traf immer die Schuld die provozierende Polizei. So dürfte es auch in Riga gewesen sein. Nicht die Socialdemokraten, nicht die streikenden Arbeiter, sondern der chauvinistische Pöbel hat die Ungehelichkeiten begangen. Den Pöbel läßt man gewähren, desto brutaler wird man die Streikenden treffen.

Deutsches Reich.

Vom inneren Kriege. Die Stundungskommission der Universität Breslau soll der „Volks-Zig.“ zufolge beschließen haben, polnischen Studenten keine Stundung der Kollegengelder mehr zu gewähren.

Diese Bestrafung gerade der ärmeren Völer für ihre Nationalität ist eines der noblen Mittel, das mehr zur Zurückdrängung des Deutschtums beiträgt als die leidenschaftlichste polnische Agitation. Daß man gerade die Unbemittelten polnischer Abkunft dem alldemokratischen Chauvinismus ausliefert, zeigt, wie hinter dem Nationalitätenhader das materielle Interesse steht.

Paul Wajnske. An die Sturzzeiten des Centrums erinnert die Nachricht, daß Paul Wajnske gestorben ist. Wajnskes Bedeutung lag in jener Zeit, da er mit geschärfter Feder wider die Kulturkämpfer stritt und er selbst, der „Schlachter“, ein Opfer der völmarschen Verfolgungslust ward. Fast wie ein Märchen klingt es heute, wo das Centrum als regierende Partei von oben mit Wohlwollen überschüttet wird, daß die „Germania“ unter Leitung Wajnskes zeitweilig 48 Auflagen auf einmal zu verkaufen hatte. Die Göttin Justitia hatte damals aber ja sehr ihre kulturkämpferische Herz erweicht, wie später ihr socialdemokratisches Wajnske hätte seinen journalistischen Eifer verständiglich mit Freisichterrosen. 1874 wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, das er in Weihenau abbrachte. Hans Hof und — Paul Lindau, der Völmarscher, der für eine völmarsche Beleidigung Johannes Scherers verantwortlich sitzen mußte, waren damals seine Gastgenossen.

Wajnske erlebte bald den Sieg über die völmarsche Kulturkampf-Politik, er erlebte nach den Tagen des aufregenden Streites die Zeit des Friedens, des Satzes und faulen Friedens. Die „Germania“ hatte er von 1871 bis 1878 redigiert. Dem Reichstage gehörte er seit 1874, dem Abgeordnetenhaus seit 1878 an. 1884, als die Verölmungsaktion im Schwange war, wurde der ultramontane Heißhörn aus der aktiven Politik zurückgezogen. Er ward Pfarrer in Hochkirch; in dieser Thätigkeit war er bis an sein Ende beflissen, das Centrum konterbatt zu färben. Der „Kunstler“ von ehemals wurde eine Stütze der Debnung, ohne daß er sich zu ändern nötig gehabt hätte. Die Verhältnisse hatten sich gewandelt.

Wajnske hat ein Alter von 57 Jahren erreicht. Auch seine schriftstellerische Thätigkeit war erfolgreich. Die im Verein mit andern herausgegebenen „Beichtstücken“ erlebten in 10 Jahren zwölf Auflagen.

Die Revision im Pölmarsprozess. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hält es für unglücklich, daß die Staatsanwaltschaft sich nicht mit der Freisprechung des Dreifachrafen begnügt, sondern Revision angeteilt habe. Gehemmsvoll folgt das Blatt hinzu, die Auflage sei auf „Hähere“ Anregung erfolgt, es sei also auch möglich, daß die Revision auf höhere Anregung vom Staatsanwalt eingeleitet worden sei. Die „Staatsbürger-Zeitung“ scheint nicht abel Lust zu haben, den edlen Grafen als ein Opfer von Intriguen ebenso hoher wie kaiserlicher Mächte anzugeben, und sie sorgt rechtzeitig für den Fall vor, daß der des Wortes seiner Worte unwürdige Freisichter Israels einmal genötigt werden könnte, zur Veruhigung seiner Phantasie eine sichere Heilstätte aufzusuchen.

Zuchtsitz. Bei einem Hoch auf den Kaiser war in einer Sitzung der Feuerweh zu Pawodze ein Grubenarbeiter sitzen geblieben. Infolge dieses Verhaltens wurde ihm, nach der „Raitow-Zeitung“, von seinen Kameraden sofort die Feuerweh-Uniform,

welche Eigentum des Vereins ist, abgezogen und er selbst an die frische Luft gesetzt. Der sich zur socialdemokratischen Partei bekannte Grubenarbeiter mußte, nur noch mit Hose und Hemd bekleidet, seine Wohnung aufsuchen.

Die Feuerweh von Pawodze versteht, wie man sieht, das Feuer monarchischen Gefühls anzufachen. Öffentlich haben die Helben und Rächer des beleidigten Monarchismus nicht gegen den großen Unfug- oder Unfittlichkeits-Paragrafen verstoßen, als sie den Verbrecher in einen den Anforderungen der lex Heinze kaum entsprechenden Zustand der Entleidung versetzten.

Die Ehre. Unser Mainzer Parteiblatt berichtet: Der Ehrenhandel zweier Ausdienten fand vor der Strafkammer seinen Abschluß. Die Verhandlung ergab folgendes: Der Dienstknecht Peter Parth aus Erbes-Büdesheim hatte im Februar einen Missethäter des 117. Infanterie-Regiments, der sich auf Urlaub befand, durch die geistreiche Bemerkung „Hadelhub“ in seiner Kavalierehre verletzt. Ein Duell wurde arrangiert und mit 1 1/2 Meter langen Prügelein ausgefochten. Bei dieser Gelegenheit stieß der Angeklagte dem Soldat das rechte Auge durch, so daß daselbe herausgenommen werden mußte. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Körperverletzung auf 3 Wochen Gefängnis.

Terrorismus. Zur Agitation des Spiritusringes teilt die „Freie Zig.“ ein Schreiben mit, in dem Klage geführt wird, daß hauptsächlich Brennerien kapitalkräftiger Besitzer, die ihre Einkünfte nur zum Teil aus der Landwirtschaft ziehen, dem Ring noch fehlten. Es müsse angenommen werden, daß auch sie allmählich zur Einsicht kommen werden und dem Ring beitreten. „Sollte dies aber wider Erwarten“ — so heißt es wörtlich — „nicht der Fall sein, so wollen wir ihnen zeigen, daß Einsicht statt macht: Die Herren sollen erfahren, daß sie durch ihr Fernbleiben von unseren Bestrebungen nur sich selbst geschädigt haben.“

Herr von Miquel wie er war und ist. Als Student, der dem reaktionären Bauernvolk den roten Hahn aufs Dach setzen wollte, sagte Johannes Miquel, wie jüngst erzählt ward, einem Freund, der einem armen Teufel etwas Geld geben wollte: „Beleihe nicht! Sie halten ja die Krise auf!“ — Johannes glaubte an seinen Witz.

Etwa 25 Jahre später war Miquel auf dem Weg, von Miquel zu werden und ein gewaltiger Gründer vor dem Herrn. Er hatte Millionen „aufgefressen“. Ein altes Mitglied des Kommunistenbundes trifft mit ihm zusammen und erinnert ihn an die alten Zeiten. „Doch eine große Veränderung.“ — „Ja — aber nicht in mir. Ich beschleunige die Krise.“ Und er entwickelte dem Freunde, wie er durch Pflege und Förderung des Kapitalismus dessen rasherer Zusammenbruch herbeiführe.

Da sage noch einer, Miquel sei nicht konsequent! Der reinste „Marxianer“.

Zu einem Vergleiche mit dem Essener Meineidprozess gegen Meyer, Graf und Genossen — so schreibt man uns — fordert eine Angelegenheit heraus, die gegenwärtig die Staatsanwaltschaft zu Zabern im Elsaß beschäftigt. Ein Gendarm in S. hatte gegen eine Ladeninhaberin Strafanzeige wegen Uebertretung des Gesetzes betreffend die Sonntagsarbeit gemacht. In der wegen dieser Sache vor dem Schöffengericht Schimmed stattgehabten Verhandlung beschwor der Gendarm, er habe die Frau selbst unmittelbar nach der begangenen Uebertretung in ihrem Laden gesehen. Ein als Entlastungszeuge vorgeladener Beamter, ein ehemaliger Gendarm, der in demselben Hause wohnte wie die zu bestrafende Frau, beschwor, daß die letztere schon mehrere Stunden vor dem behaupteten Vergehen abwesend war und erst einige Stunden später heimkehrte. Das Schöffengericht verurteilte die Angelegenheit, nachdem es beschloffen hatte, zehn andere Zeugen, die von der angeklagten Frau zur Bäßung des Alibibeweises vorgeschlagen waren, zu vernehmen. In der erneuten Verhandlung wurde von diesen sämtlichen Zeugen der Aufenthalt der Angeklagten von 10 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags genau nachgewiesen: sie hatte sich, mehrere Kilometer entfernt von S., in dem französischen Dorfe E. befunden, um dort Gelder von ihren Kunden zu erheben. In diesem beschwor in derselben Sitzung ein weiterer Gendarm von S. ebenfalls, er habe, wie sein Kamerad, die Angeklagte um die Mittagsgzeit in ihrem Laden in S. sofort nach dem Deitt ge sehen. Das Schöffengericht schirmde, von der Ansicht ausgehend, daß die beiden Gendarmen sich geirrt hätten, sprach auf Grund der Aussagen der zahlreichen Zeugen, unter denen sich auch der hochachtbare Bürgermeister von S. befand, die Angeklagte kostenlos frei. Daraufhin veranlaßte der Amtsanwalt in Schimmed weitere Erhebungen in der Angelegenheit, um den Sachverhalt aufzuklären. — Im Essener Falle, wo, wie erinnerlich, ebenfalls Anklage gegen Ausland hand, sind unsere Genossen bekammlich zu Zuchthausstrafen bis zu 3 Jahren verurteilt worden.

Aus der Rheinpfalz. Hier haben wir das interessante Schauspiel von Kriegervereinen, welche die allgemeine Ausstoßung der socialdemokratischen Mitglieder nicht mitmachen wollen. Schon im vorigen Jahre, als nach der Reichstagswahl allenthalben die „Reinigung“ der Kriegervereine vorgenommen wurde, erklärte in der Versammlung sämtlicher Militär- und Kriegervereine des Bezirks Frankenthal der Vorkührende, ein Rechtsanwalt und Hauptmann der Landwehr, daß man der vom deutschen Kriegerbund ausgegebenen Parole, wonach diejenigen Mitglieder, die bei der letzten Reichstagswahl socialdemokratisch wählten, ausgeschlossen werden sollten, nicht folgen dürfe. Diese Wähler müßten als „Verführte“ betrachtet werden, umfomehr, als sie geglaubt hätten, den Worten „gewisser hochstehender Persönlichkeiten“ Glauben schenken zu müssen. Jetzt hat nun in Klein-Bodenheim eine Verammlung der dem bairischen Kriegerbund und der pfälzischen Kampfgewerkschaft angehörigen militärischen Vereine der Kantone Frankenthal und Grünstadt stattgefunden, in der derselbe Hauptmann der Landwehr nochmals besonders betonte, daß es nicht angehe, nachzuforschen, ob ein Mitglied socialdemokratische Geinnungen hege oder einmal socialdemokratisch gewählt habe. Das sind friedliche Worte — der Herr Hauptmann der Landwehr sagt sich offenbar, daß sich bei gegenteiligen Verfahren mit einem Keinen Häuflein nicht gut parodieren läßt. Der Hauptgrund zu diesem sanften Vorgehen scheint aber in den bevorstehenden bayrischen Landtagswahlen zu liegen. Lassen sich diese „Verführten“ durch ein freundliches Wadenstreichen zur „einsichtsvollen Umkehr“ bewegen, dann ist der Zweck erreicht. Aber er wird hier nicht erreicht werden.

Konferenz im Haag.

Die Konferenz geht ihren langjamten langweiligen Gang fort. Die Vertreterhatter der Presse sind zum großen Teil abgereist, da sie nichts Gewanes über die Thätigkeit der Delegierten erfahren können. Es soll als Gefay für die ausgeschlossene Öffentlichkeit einer der russischen Delegierten fortran Mitteilungen für die Presse über die Konferenzstunungen verfaßen. Man wird sich aber den Ausschluß der Öffentlichkeit einigermassen trösten dürfen, da doch kaum Selbsteres und Wertvolles zu erwarten ist. Sind doch auch die privaten Mitteilungen, die verschiedene Delegierte, so der amerikanische Delegierte, Herr White, dem Vertreter des Reuters-Bureaus gemacht haben, nichts weniger als bemerkenswert. Herr White und einige andere Delegierten meinen, die Konferenz werde eine Fortführung der Bestimmungen der Genfer Konvention und des Schiedsrichterlichen Vermittlungswesens ergeben können; an Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts glaubt Herr White nicht und von Abkräftung ist in seinen Ausführungen gar nicht die Rede.

Vom 25. Mai wird aus dem Haag gemeldet: Die bereits angekündigte Verannung aller ersten Delegierten im „huis ten Bosch“ hat heute vormittag stattgefunden. In derselben wurden die gesten seitens des ersten Delegierten der Großmächte getroffenen Vereinbarungen bekannt gegeben. Hierauf traten die Delegierten zu einer Plenarsitzung zusammen, in

welcher die Wahlen der Präsidenten und der Bureaus formell angenommen wurden. Die erste Kommission teilt sich in die zwei Abteilungen des Krieges und der Marine. Die zweite Kommission zerfällt in die Abteilung vom „Roten Kreuz“ und die, welche sich mit den Verhandlungen der Brüsseler Konferenz von 1874 über Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche zu beschäftigen hat. Die dritte Kommission soll das Schiedsgerichtswesen behandeln.

Aus Petersburg wird vom 20. Mai gemeldet: In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin-Witwe fand heute der Stapellauf des Kreuzers ersten Ranges „Gromoboi“ und des Transportschiffes „Zenuisei“ statt. Auch ein Vertrag zur „Friedenskonferenz!“ —

Wien, 23. Mai. Das „N. N. Z.“ veröffentlicht ein Dementi des russischen Staatsrates v. Bloch über die Meldung, daß er bei der Konferenz im Haag mit einem Auftrag der russischen Regierung betraut sei. Seine Anwesenheit habe keinen anderen Zweck, als den Mitgliedern der Konferenz eventuell Aufklärungen über sein Werk „Der Zukunftsrieg und der bewaffnete Friede in ihrer socialen und wirtschaftlichen Wirkung“ zu geben.

Von unseren Kolonien in Ostasien.

Aus einem Vortrag, welchen der Oberleutnant Siepe vor einigen Tagen in der Gesellschaft für Erdkunde und Kolonialwesen zu Straßburg i. E. hielt, erfährt man eine Reihe interessanter Einzelheiten über die vom 3. Seebataillon zu Beginn des vorigen Jahres vollzogene Verlegung von Kantschu und über einen in das Innere des sinesischen Festlandes unternommenen Vorstoß der deutschen Truppen. Wie man dabei mit der eingeborenen Bevölkerung umsprang, darüber äußerte sich der Oberleutnant Siepe folgendermaßen:

Am 12. März 1898 rückte ich mit meinen Leuten von der Landungsstelle aus vor, um den Tempel von Tsintau zu besetzen. Vor demselben angekommen, wurden die Priezier angefordert, innerhalb zwei Stunden den Platz zu räumen. Dann folgte die bekannte Proklamation des Gouverneurs, deren Schluß lautet: „Zeit's und gehorcht; so will's der Gouverneur!“ Anfangs zeigten sich die Chinesen noch unbotmäßig. So machte ich eines Tages einen Ritt allein nach einem benachbarten Dorfe. Beim Einreiten in dasselbe wurde mein Pferd aus einem Gehölz von einem Steinwurf getroffen. Ich sprang ab, zog meinen Revolver und ließ mir den Gemeindevorsteher vorführen. Natürlich wollte niemand etwas von dem Thäter. Es wurde mir erklärt, wenn der letztere nicht bis 8 Uhr abends ausgeliefert sei, dann gebe es Hamusschieße. Um 7 Uhr schon war der Thäter ausgeliefert. Er empfing zur Belohnung sechzig (!) Siche, und auch dem Gemeinderat wurden einige Siche verabfolgt, zum besseren Verzeihen. Ueberhaupt ist der Bambus das beste Mittel, um die Chinesen zur Vernunft zu bringen.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Das Programm der deutschen Oppositionspartien.

dessen Inhalt wir schon kurz mitgeteilt haben, enthält folgende allgemeine Forderungen: Bruch mit dem Schem, die Ansprüche aller anderen Nationalitäten auf Kosten der Deutschen zu befriedigen und unter Abweisung aller staatsrechtlichen Bestrebungen festhalten an der Verfassung und dem Einheitsstaate und zu fordern, daß dieser Staat die Gesamtbezeichnung „Oestreich“ erhalte. Der Paragraph 14 ist zu beseitigen. Nur für wirkliche Notfälle ist durch eine genaue Bestimmung vorzuzusehen. Unbedingt geboten ist, daß die deutsche Armee-sprache besser und zweckmäßiger gepflegt werde. Angehts der autonomen Stellung Galiziens sollen die Deutschen vor einer unangenehmigen Verunsicherung ihres nationalen Lebens sichergestellt werden. Die Beziehungen zu Ungarn bedürfen einer Neuordnung im Sinne, daß den gleichen Rechten gleiche Pflichten gegenüberstehen und ein dauernder Zustand geschaffen wird, der eine ungehörte geistliche wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Am Bündnisse mit dem Deutschen Reich, das der Monarchie die Erhaltung des Friedens sichert, soll unverbrüchlich festgehalten und im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches eine regere Beteiligung am Weltverkehr angebahnt und zum Zwecke der Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes und zum Schutze der einheimischen Produktion gegen die liberale Konkurrenz ein engerer Zusammenhang der seeländischen Staaten Europas angestrebt werden. Hand in Hand mit dem Bündnisse mit dem Deutschen Reich muß für uns Deutsche in Oestreich die Pflege des großen geistigen Zusammenhanges mit Deutschland auf allen Gebieten des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschrittes, besonders auch bezüglich des Hochschulwesens sichergestellt bleiben. Wir stellen kein Gesamtprogramm für die Regierung dieses Staates auf. Was wir fordern, ist das Mindestmaß für die Deutschen, mit deren Schicksal auch das Schicksal Oestreichs innig verknüpft ist.

Begleich der Regelung der Sprachensprache wurden allgemeine Grundsätze und dann spezielle für die einzelnen Länder aufgestellt. Im allgemeinen wird verlangt ausnahmslose Aufhebung aller Sprachverordnungen und geistliche Feststellung des Geltungsgebietes der allgemeinen deutschen Vermittlungssprache sowie der inneren und äußeren Amtssprachen aller Behörden. Hierauf werden eine Reihe Forderungen aufgestellt und diese als untrennbares Ganzes bezeichnet. Die deutsche Vermittlungssprache hat für den Reichsrat, die Staatsakte der obersten Centralstellen und Gerichtshöfe und für den Verkehr untereinander zu gelten. Außerdem ist die deutsche Sprache in der Regel auch die innere Amtssprache. Als reindeutsches Gebiet werden erklärt: Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Deutschböhmen, Böhmen, Ober- und Mittelsteiermark, die deutschen Kreise Böhmens, Mährens und Schlesiens, als reinitalienisch Südtirol, reinrussisch die czechischen Kreise Böhmens. Zweisprachig sind Mähren, Krain und die gemeinsamen Gebiete Böhmens. Die Staatsbeamten haben bei der Anfertigung die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift auszuweisen. In den deutschen Pfarngemeinden sind nur deutsche Prieister zu verwenden.

Prag, 21. Mai. Die czechischen Blätter erklären einstimmig, das Programm der Deutschen sei für sie unannehmbar, da die Czechen die geistliche Statutierung der deutschen Vermittlungssprache nur als eine Maslierung für die Staatsprache ansehen und dieselbe niemals acceptieren würden.

Dänemark.

Zur literarischen Fehde. Dr. Brandes hat jetzt als Verfasser des Buches „Junges Blut“ die Auflage wegen Uebertretung des § 124 des Strafgesetzes erhalten. Dieser Paragraph stellt „unzüchtige Schriften, Abbildungen“ unter Gefängnis- oder Geldstrafe. Die Frage bleibt nun, ob die alten Herren im Obergericht das Buch von Brandes für eine „unzüchtige Schrift“ halten werden. Charakteristisch für dänische Verhältnisse, wie sehr man dort die Freiheit der Kunst und Litteratur anerkennt, ist, daß dieser seltene Fall einer Auflage teilweise selbst in der konservativen Presse mißbilligt wird. So schreibt selbst die „National-Tidende“: „Die öffentliche Meinung hat sich mit großer Stärke und Zustimmung von allen Seiten gegen die Auflage ausgesprochen. Es hat sich nicht eine Stimme für die moralische Notwendigkeit noch dahin ausgesprochen, daß es klug gehandelt war.“ Provinzialblätter nennen es „eine lapidale Dummheit“. Nur die offizielle „Berlingske Tidende“ läßt einen Pastor Clausen schreiben, daß schon im Vorjahr ein Verein „Wigilia“ begründet sei, der dem Kopenhagener Buchhändler-Verein ein moralische Litteratur“ zu verlegen, und weiter heißt es: „Worauf es zuerst ankommt, ist die Grundlage der Sittlichkeit zu sichern, die die Existenz und glückliche Zukunft des Volkes bedingt. Diese

Grundlage sind aber die von Gott gegebenen Gesetze, deren Kern die zehn Gebote sind. — Die zehn Gebote das Regierungsprogramm der Zukunft! — Noch eifriger für die Auflage treten „Krisistag“ „Dagblad“ und „Agrarblad“ ein. —

Frankreich.

Der Spion des Kriegsministeriums. Zwischen der französischen Handelskammer in Brüssel und dem französischen Kriegsministerium hat sich ein Streitfall zugetragen, der Zeugnis ablegt von dem Grade der Fäulnis in den höchsten Kreisen des militärischen Frankreich. Die Handelskammer schloß eine gewisse unangenehme Persönlichkeit, zugleich Werkzeug des Generalstabs, namens Routier, aus. Dazwischen bestanden die französischen Gesandten in Brüssel, Herrn Gérard, gegenüber dem Vorstand der Handelskammer Holland. Dieser erklärte in einer Unterredung über die mutmaßlichen Gründe, aus welchen das Kriegsministerium den Spion Routier in dem Vorstand der Handelskammer in Schuß genommen habe, dieser Skandal hänge mit den Geständnissen Henrys eng zusammen. Routier war ein intimer Freund Henrys, und Henry hatte ihm Schriftstücke anvertraut, welche bedeutende französische Persönlichkeiten bloßstellen würden. Wenn das Kriegsministerium den Routier nicht beschützen würde, so würde dieser jene Schriftstücke der Öffentlichkeit übergeben. So mußte denn gern oder ungern der Gesandte Gérard, auf Befehl seiner Regierung, diesen keineswegs als Ehrenmann bekannten Routier gegen die französische Handelskammer in Brüssel mit seiner Autorität decken.

Es verlautet bereits, daß der französische Gesandte Gérard nach dem Verzicht worden sei. Das Gerücht bedarf noch der Bestätigung.

Paris, 23. Mai. Der „Figaro“ weist in der Fortsetzung seiner Untersuchungen auf Widersprüche der Aussagen Henrys und Laubs über den Ursprung des „Petit bleu“ hin, dessen Wichtigkeit erst nach der Freisprechung Esterhazy's angezweifelt worden sei. Das „Petit bleu“ sei, als Picquart den Richterstand leitete, noch nicht rüchert gewesen, sondern erst nach dem Abgang Picquart's und Ertrag durch Henry im zweiten Bureau. „Figaro“ erörtert dann in eingehender Besprechung die zahlreichen gegen Picquart gerichteten Anklagen betreffend das „Petit bleu“. „Matin“ veröffentlicht einen Artikel Esterhazy's, in welchem er erzählt, das Nachrichtenbureau habe thatsächlich von Lemercier-Bicard falsche mit „Otto“ unterschriebene Dokumente anfertigen und sie dem Verteidiger von Dreyfus anbieten lassen, um ihn gegebenenfalls der Lüge überführen zu können. Der Plan sei an der Vorlast des Dreihundertfünftel gescheitert. Esterhazy hält es für zweifellos, daß man Lemercier, der seinen Auftraggebern persönlich durch unangefangene Selbstforderungen lästig geworden sei, gewaltsam aus dem Wege geschafft habe.

England.

Die Königin von England begehrt am 24. Mai ihren 80. Geburtstag. Sie ist die formale Repräsentantin des englischen Weltreichs, das Modell für die den Münzen eingetragene Gestalt. Sie ist mehr ein Symbol für den Gedanken der großbritannischen Reichsouveränität als eine wirkliche Herrscherin. Victoria Alexandrine, Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland und seiner Kolonien und Dependenz in Europa, Asien, Afrika, Amerika und Australien, Kaiserin von Indien, Verteidigerin des Glaubens, Königl. und Kaiserl. Majestät — so der pompöse Titel der „Urgroßmutter Europas“, der die Macht eines Staates, nicht aber den Einfluß einer Person wieder spiegelt. —

Holland.

Eine internationale Friedensversammlung veranstaltete am Pfingstmontag die socialdemokratische Arbeiterpartei Hollands in Amsterdam. Für Gabel war Wollenbuhr erschienen. Außer ihm traten unser belgischer Parteigenosse Ansele und der holländische Arbeiterführer Zoelstra als Redner auf. Der große Saal des „Pais vor Volkshuis“ war von einer nach Tausenden zählenden Menge dicht besetzt, die mit bewundernswürdiger Geduld den ihr oft unverständlichen Ausführungen der ausländischen Redner folgte. —

Spanien.

Madrid, 23. Mai. Die Herausgeber der hiesigen Blätter beschloßen, den Ministerpräsidenten aufzufordern, daß er alle an der Folterung der Gefangenen in Montjuich beteiligten Personen gerichtlich belange.

Rußland.

Aus Finnland wird uns geschrieben: Wieder ein russischer Gewaltstreik. Eine weitere finnische Zeitung Vohjalainen in Wasa ist auf drei Monate suspendiert worden, weil sie zu kritischen Worten, daß Finnland künftig 10 Millionen Mark jährlich für russische Rüstungen und Militärmede bezahlen soll. Die Verdorferung ist empört und hat den Redacteur des Blattes demonstrativer Weise seine Sympathien dargelegt. —

Amerika.

Von den Philippinen. General Otis hat nach New-York telegraphiert, daß sich die Lage dort von Tag zu Tag bessere. Die Philippiner sähen ein, daß der Widerstand gegen die amerikanischen Truppen vollständig nutzlos sei.

Die siebente ordentliche Generalversammlung der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen

tagt vom 21.—24. Mai in Berlin, im geschmackvoll mit roten Fahnen decorierten oberen Saale bei Keller, Koppenstraße. Die Versammlung wurde eröffnet mit einigen entsprechenden Gesangsvorträgen der Gesangsvereine „Viedesfreiheit 1“ und „Oranienburger Vorstadt“. Der Vorsitzende Hr. Lange begrüßte namens des Hauptvorstandes die Erschienenen und widmete gleichzeitig einen warmen Nachruf dem verstorbenen Redacteur Hr. Theiß, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrten. Namens des Berliner Lokalkomitees hieß Liesegang die Delegierten willkommen. Anwesend sind 33 Delegierte aus 32 Städten. Außerdem ist neben dem Hauptvorstande, der Anwesende, die Redaktion des Vereinsorgans und die Prehkommission vertreten. In das Bureau werden Lange und Hänel als Vorsitzende gewählt.

Dem Geschäftsberichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Lohnkämpfe in der letzten zweijährigen Geschäftsperiode ebenso zahlreich waren, wie in den früheren Jahren. Die meisten Differenzen sind jedoch auf friedlichem Wege geschlichtet worden, und verließen zu Gunsten der Arbeiter. Die Wehrzahl der Forderungen wurden im vorigen Jahre gestellt. Die Hauptforderungen waren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Abschaffung des Kost- und Logiswensens, sowie Regelung des Perbergensens und des Arbeitsnachweises. Die Agitation war in den letzten zwei Jahren erfolgreicher als früher, obwohl sie durch das Fehlen genügender und geeigneter Kräfte noch verschiedentlich beschränkt werden mußte. Ein festes Fundament hat die Vereinigung durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erhalten, da damit eine größere Stabilität der Mitglieder geschaffen worden ist. Die Mitgliederzahl betrug vor 2 Jahren in 20 Jahrestellen 2250 und ist seitdem auf 2960 in 35 Jahrestellen gestiegen.

Nach dem Kassensbericht betragen die Einnahmen der Vereinigung vom 1. Januar 1897 bis zum 31. Dezember 1898 für Eintrittsgelder 1820,50 M., für Beiträge 28 444,50 M., für Extrabeiträge 1879,25 M., und sonstige Einnahmen 2216,59 M. Dazu kommt der alte Bestand vom 1. Januar 1897, so daß sich eine Gesamteinnahme von 37 065,29 M. ergibt. Ausgegeben wurde für Beamten-Entschädigung 2488,74 M., für Verwaltungskosten 8941,87 M., für Reise-Unterstützung 1493,98 M., für Agitation 479,56 M., für Streik- und Gemahregelten-Unterstützung 1125,91 M. und für das Vereinsorgan 11 207,31 M. (eingekommen wurden aber hierfür 1732,31 M.). Die vorige Generalversammlung kostete 1522,60 M.

ohne die Herstellung der Protokolle und Statuten. Die übrigen Ausgaben beliefen sich auf 4037,59 M., so daß eine Gesamtausgabe von 26 267,28 M. und ein Kassenbestand von 10 827,72 M. zu verzeichnen ist. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen inklusive des alten Bestandes von 2022,90 M., in den 2 Jahren insgesamt 28 148 61 M., die Ausgaben 17 766,32 M. und mithin verbleibt in der Hauptkasse ein Bestand von 10 880,29 M.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, die neben den anderen Kommissionsberichten die ganze Vormittags-Sitzung des zweiten Verhandlungstages in Anspruch nahm, wurden wesentliche Auslegungen nicht gemacht und erklärten sich die Redner im allgemeinen mit der Thätigkeit des Vorstandes zufrieden. Gewünscht wurde, daß in Zukunft mit der Bekanntmachung über das Stattfinden der Generalversammlung auch die provisorische Tagesordnung bekannt gemacht und der Geschäftsbericht den Delegierten zur Information frühzeitig genug zugefandt wird. Von einigen Delegierten wurde es als wünschenswert erachtet, daß eine präzisere Geschäftsführung seitens des Hauptvorstandes gegenüber den Jahrestellen in Zukunft Platz greift und bemängelt, daß die Agitation nicht schon früher und intensiver entfaltet worden ist, zumal die Geschäftsunion im Verufe eine sehr gute ist und insolge dessen mehr für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getan werden konnte. Seitens des Vorstandes wurde darauf hingewiesen, daß, weil es zur Zeit infolge der verschiedenen Lohnhöhen an größeren finanziellen Mitteln fehlte und auch Mangel an rednerischen Kräften aus dem Verufe vorhanden war, die Agitation ohne Schuld des Vorstandes besonders in Süddeutschland erheblich beschränkt werden mußte. Hinzu kommt noch, daß vielfach die Kartelle, an die sich die leitenden Personen wandten, die schwierige Agitation unter den Schmieden nicht genügend unterstützt haben. Dem Vorstande sowie dem Kassierer wurde von der Generalversammlung einstimmig die Decharge erteilt.

Hierauf erfolgte die Berichterstattung des Ausschusses. Danach sind bei dem Ausschuh Beschwerden gegen den Vorstand nicht eingegangen.

Nach dem Bericht der Prehkommission hatte dieselbe zu wesentlichen Punkten keine Veranlassung und sind die eingegangenen Beschwerden gegen die Redaktion geprüft und meistens durch Aufklärung der vorhandenen Mißverständnisse erledigt worden. Einige Delegierte gaben dem Wunsche Ausdruck, daß bei den Boheimen im Vereinsorgan persönliche Auseinandersetzungen und gegenseitige Angriffe unterbleiben und die „Eingekant“ daraufhin geprüft werden. Die zu diesem Punkte gestellten Anträge auf Abänderung des Kopfes des Vereinsorgans, das Erscheinen des „Bruder Schmied“ einzustellen und die „Metallarbeiter-Zeitung“ einzuführen, den „Bruder Schmied“ statt wöchentlich 14tägig erscheinen zu lassen, werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion über die Organfrage und Berichterstattung der Prehkommission fortgesetzt. Nach längerer Debatte werden die Anträge, daß alle antilichen Bekanntmachungen des Hauptvorstandes auf der ersten Seite des Hochorgans abgedruckt werden und daß Eingekant nur Aufnahme finden, wenn sie den örtlichen Verwaltungen zur Prüfung vorgelegt haben, abgelehnt. Der Prehkommission wird hierauf Decharge erteilt.

Es wird sodann beschlossen, die Anträge von den Jahrestellen Halle, Magdeburg und Braunschweig auf Anschluß an den Metallarbeiter-Verband als Sektion der Schmiede zu verhandeln und werden Hr. Braunschweig als Referent und Schrader-Leipzig als Korreferent bestellt. Hr. Hoffe weist in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Arbeitsverhältnisse sich in der letzten Zeit ganz besonders geändert haben, daß das Zusammenarbeiten in ein und demselben Betriebe eine Annäherung an die übrigen Metallarbeiter bedingt. Die Agitation werde durch die Sonderstellung der Schmiede unter den Berufsgruppen sehr erschwert. Durch die Herabsetzung, da ein Teil der Schmiede dem Metallarbeiterverband, ein Teil der Vereinigung angehört und die große Masse überhaupt noch unorganisiert ist, ist die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in erheblicher Weise fast unmöglich gemacht. Der Redner bekräftigt vorläufig einen Kartellvertrag mit dem Metallarbeiterverband abzuschließen und mit den Vorarbeiten hierzu den Hauptvorstand zu beauftragen. Der Korreferent Schrader wendet sich in längeren Ausführungen ganz entschieden gegen den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband mit dem Hinweis, daß im Schmiedebetrieb ganz eigenartige Verhältnisse vorherrschen. Die Schmiede sind in der großen Mehrzahl auf dem flachen Lande aufgewachsen, in den Annehmungen erzogen und zumeist auch in Kleinbetriebe tätig, so daß das Zusammengehörigkeitsgefühl bei diesen Personen wenig ausgebildet ist. Es macht sich deshalb eine ganz intensive Agitation, ebenso eine tätige Schulung der Mitglieder notwendig, was nach dem Zusammenschluß nicht genügend berücksichtigt werden könnte. Der Redner erinnert daran, daß der Abschluß eines Kartellvertrages von dem Metallarbeiter-Verband abgelehnt worden ist und daß die Vereinigung der Schmiede mit ihrem Vorgehen ganz ähnliche Erfolge bereits erzielt hat. Der Redner meint im weiteren, daß bei einem eventuellen Anschluß ein großer Teil der Mitglieder überhaupt für die Organisation verloren gehen würde und wünscht, daß der Metallarbeiter-Verband nicht mehr, wie bisher vielfach geschehen ist, der Vereinigung der Schmiede Hindernisse bei der Agitation bereite, sondern als Central-Organisation, die dem Halberstädter Gewerkschafts-Kongress entspricht, freien Spielraum läßt.

In der Vormittags-Sitzung am Dienstag wird die Diskussion über den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband fortgesetzt und beschlossen, nachdem sich gestern bereits die Delegierten Schaal-Bremen, Gilmer-Hamburg, Adam-Miel, Hänel-Dresden neben dem Korreferenten gegen und Hoffe-Berlin mit dem Referenten für den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband ausgesprochen hatten, nur Befürworter des Anschlusses noch sprechen zu lassen. Für den Anschluß spricht sodann nur noch Schrader-Magdeburg. Nach den Schlussworten der Referenten wird in namentlicher Abstimmung der Anschluß an den Metallarbeiter-Verband mit 29 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Für den Anschluß stimmen die Delegierten von Braunschweig, Halle und Magdeburg und Hoffe von den vier Berliner Delegierten.

Zum nächsten Punkt: „Arbeitslose“ und „Reise-Unterstützung“ verweist zunächst Schrader auf den Wert und die Bedeutung der Unterstützungsweisen und tritt in längeren Ausführungen für eine Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung ein und zwar soll eine Steigerung außerdem entsprechend der Länge der Mitgliedschaft eintreten. In ähnlicher Weise soll die Reise-Unterstützung bemessen werden, und um diese Verringerung durchzuführen, eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 20 auf 25 Pf. eintreten. Hänel-Dresden ist der Meinung, daß eine Erhöhung der Unterstützung nach der von ihm aufgestellten Berechnung bei einem Beitrag von 25 Pf. sehr gut durchführbar. Kampfs wünscht eine striktere Innehaltung des Unterstützungsreglements und empfiehlt folgenden von Hamburg gestellten Antrag: 1. Arbeitslose Mitglieder sind unterstützungsberechtigt, nachdem sie 52 Wochen dem Verein angehören. 2. Die Unterstützung kann 42 Tage ununterbrochen bezogen werden. 3. Die Unterstützungsberechtigung erfolgt sieben Tage nach der Arbeitslosigkeit. 4. Die Höhe der Unterstützung beträgt pro Tag 1 M. für Mitglieder, welche 52 Wochen, 1,50 M., welche zwei volle Jahre, und 2 M. für solche, welche volle drei Jahre dem Verein angehören. 5. Reisende Mitglieder sind nach denselben Bedingungen wie die arbeitslos am Orte verbleibenden Mitglieder zu behandeln. 6. Den Beitrag auf 25 Pf. zu erhöhen. Sämtliche Anträge, die zahlreich zu diesem Punkte vorliegen, werden schließlich einer Kommission von 5 Delegierten zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Die Kommission hat hierbei auch über die Höhe der Beiträge zu beraten.

Nach dem Bericht der Beschwerdekommision, die über den Anschluß bezw. Wiederaufnahme von einigen Mitgliedern zu beraten hatte, wird in die Beratung über die zukünftige Agitation eingetreten. Der Referent, Schrader-Leipzig, bekräftigt, um die Agitation erfolgreicher zu gestalten, daß neben den Agitationstouren, die möglichst rege von der Centralleitung arrangiert werden sollen, auch von den einzelnen Jahrestellen Referenten für Versammlungen

gestellt werden. Um dies zu ermöglichen und um möglichst intensiver arbeiten zu können, sollen Agitationsbezirke geschaffen werden, von wo aus die Agitation einheitlich zu betreiben ist.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Debatte über die Anträge von Leipzig und Dresden, Agitationskomitees zu bilden, bezw. Agitationsbezirke zu schaffen, fortgesetzt. Nachdem sich mehrere Redner hierzu zustimmend geäußert und darauf hingewiesen worden war, daß überall, wo die Agitation auf diese Weise betrieben wurde, gute Resultate erzielt worden sind, gelangten obige Anträge zur Annahme. Mit der Einteilung der Agitationsbezirke und den weiteren notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Beschlusses ist der Hauptvorstand betraut.

Zum Punkt Streik-Unterstützung wird nach längerer Debatte beschlossen: Streikunterstützung wird vom Beginn des Streiks ab bezahlt und zwar in folgender Höhe: Für Unterbeiräte 10 M., für Beiräte 12 M. und für jedes Kind, höchstens aber für 4 Kinder je 1 M. pro Woche.

Die Delegierten beschließen sodann einstimmig, das bisherige Verhältnis zur Generalkommission aufrecht zu erhalten.

Hierauf wird in die Statutenänderung eingetreten. Zu diesem Punkte liegen zahlreiche Anträge vor. Zunächst wird beschlossen, den Namen der Organisation abzuändern; er soll von nun an heißen: „Centralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter.“ Außerdem wird ein Zusatz zu § 2 angenommen, nach welchem Personen auf Antrag der in Betracht kommenden Ortsverwaltung und auf Beschluß des Hauptvorstandes als Ehrenmitglieder in den Verband aufgenommen werden können.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Rudolstadt, 20. Mai 1899.

Im Restaurant „Felsenkeller“ traten heute nachmittag die Delegierten zu einer Vorversammlung zusammen, in der die Geschäfts- und Tagesordnung festgesetzt, die Mandate geprüft und das Bureau der Generalversammlung gewählt wurde. Den Vorsitz im Bureau führen Triebel-Rudolstadt und Wollmann-Berlin. Anwesend sind 43 Delegierte, 4 Vertreter des Verbands-Vorstandes, 1 Vertreter des Verbands-Schiedsgerichts.

Rudolstadt, 21. Mai 1899.

Der Verbandsvorsitzende Wollmann eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache an die Delegierten, begrüßte den anwesenden Vertreter der Generalkommission, sowie den Vertreter der österröischen Union der keramischen Arbeiter.

Als erster Punkt steht der Geschäftsbericht des Vorstandes auf der Tagesordnung.

Wollmann führt aus, es sei eine betrübende Thatsache, daß die Porzellanarbeiter es nicht verstanden hätten, die günstige Geschäftsunion zur Verbesserung ihrer Lage auszunutzen, daß sie vielmehr nur durch häufige Ueberstundenarbeit ihr Einkommen zu erhöhen suchten. Der Stand der Organisation ist kein zufriedenstellender. Die Mitgliederzahl habe sich in den letzten drei Jahren nicht vermehrt. Die Vermögenslage des Verbandes sei eine sehr gute, und das Bewußtsein, gestiftete Kassen und gute Unterstützungsbedingungen zu besitzen, scheine auf die Mitglieder einschläfernd gewirkt zu haben. Die in den letzten drei Jahren geführten Streiks seien fast alle verloren gegangen. Es hätten sich zahlreiche Streikbrecher gefunden. Die Agitation für die Bestrebungen des Verbandes müsse lebhafter wie bisher betrieben werden, man möge sich aber nicht auf den Vorstand allein verlassen, auch die Mitglieder müssen mithelfen.

Jahn, Verbandsführer und Medacteur des Organs „Die Amelie“, berichtet über das Unterstützungswesen des Verbandes. Dasselbe habe sich gut bewährt. Ferner giebt der Redner einen Bericht über seine redaktionelle Thätigkeit.

Der Verbandskassierer Sey erstattet den Kassensbericht. Aus seinen Ausführungen sowie aus dem gedruckten Kassensbericht heben wir folgendes hervor: Das Vermögen der Verbandskasse ist in den Jahren 1896 bis Ende 1898 von 45 041 M. auf 129 182 M. gestiegen. Unter den für dieselbe Zeit aufgeführten Ausgabeposten kommen folgende vor: Arbeitslosen-Unterstützung 71 856 M., Streik-Unterstützung 44 882 M., Lokal-Unterstützung 335 M., Unterstützung an andere Gewerkschaften 6251 M., Rechtschutz 3117 M., für das Verbandsorgan 23 842 M., für Bildungsvereine 8177 M., für Agitation 2896 M. — Die Mitgliederzahl betrug in den Jahren 1896—1898: 3482, 8710, 8475. Die Anzahl derjenigen Mitglieder, die, nachdem sie Unterstützungen erhalten hatten, dem Verbands den Rücken kehrten, hat sich in jedem Jahre in bedenklicher Weise vermehrt.

Im Verband besteht eine besondere Klasse, welche Beihilfe in Krankheit und Siechtagen gewährt. Die Zugehörigkeit der Verbandsmitglieder zu dieser Klasse (Beihilfsfonds) ist jedoch nicht obligatorisch. Zur Zeit gehören ihr 1922 Mitglieder an. Da nur wenig Mitglieder dieser Klasse beitreten, das Alter und damit die Häufigkeit der Erkrankungen der vorhandenen Mitglieder aber beständig zunimmt, so ist der Stand des Beihilfsfonds kein guter.

Die Diskussion über den Geschäfts- und Kassensbericht bot nichts Bemerkenswertes.

Es folgen nun die Berichte der Delegierten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten und Fabriken.

Wächter-Hüttensteinach: Bei uns arbeiten nicht nur Maler und Dreher, sondern seit einiger Zeit auch Brenner und Sortierer in Accord. Maler und Dreher verdienen pro Woche durchschnittlich 15—17 M., Sortierer täglich 60 Pf. bis 2 M., Brenner 1,80 M. Das Accordsystem bringt viele Uebelstände mit sich. Auch Frauen arbeiten vielfach in Fabriken. Junge Mädchen, die als Stanzrinnen beschäftigt sind, müssen oft bis 10, 11, ja 12 Uhr nachts arbeiten. Sie schlafen dann einige Stunden auf ihrem Arbeitsplatz, damit sie am Morgen gleich wieder zur Stelle sind.

Solzhauer-Köppelsdorf giebt eine ausführliche Darstellung der Lohnverhältnisse am Ort.

Horn-Bahla berichtet unter anderem: Die Unternehmer haben sich dahin vereinbart, daß ein Arbeiter, wenn er seine Arbeitsstelle wechseln will, dazu einen Erlaubnischein seines bisherigen Arbeitgebers nachsuchen muß. Ohne einen solchen wird er von einem andern Unternehmer nicht eingestellt. In einer Fabrik in Pöyneck verdienen die Maler monatlich nur 35—120 M. Letztere Summe haben aber von 70 Malern nur 2—3 erlangt.

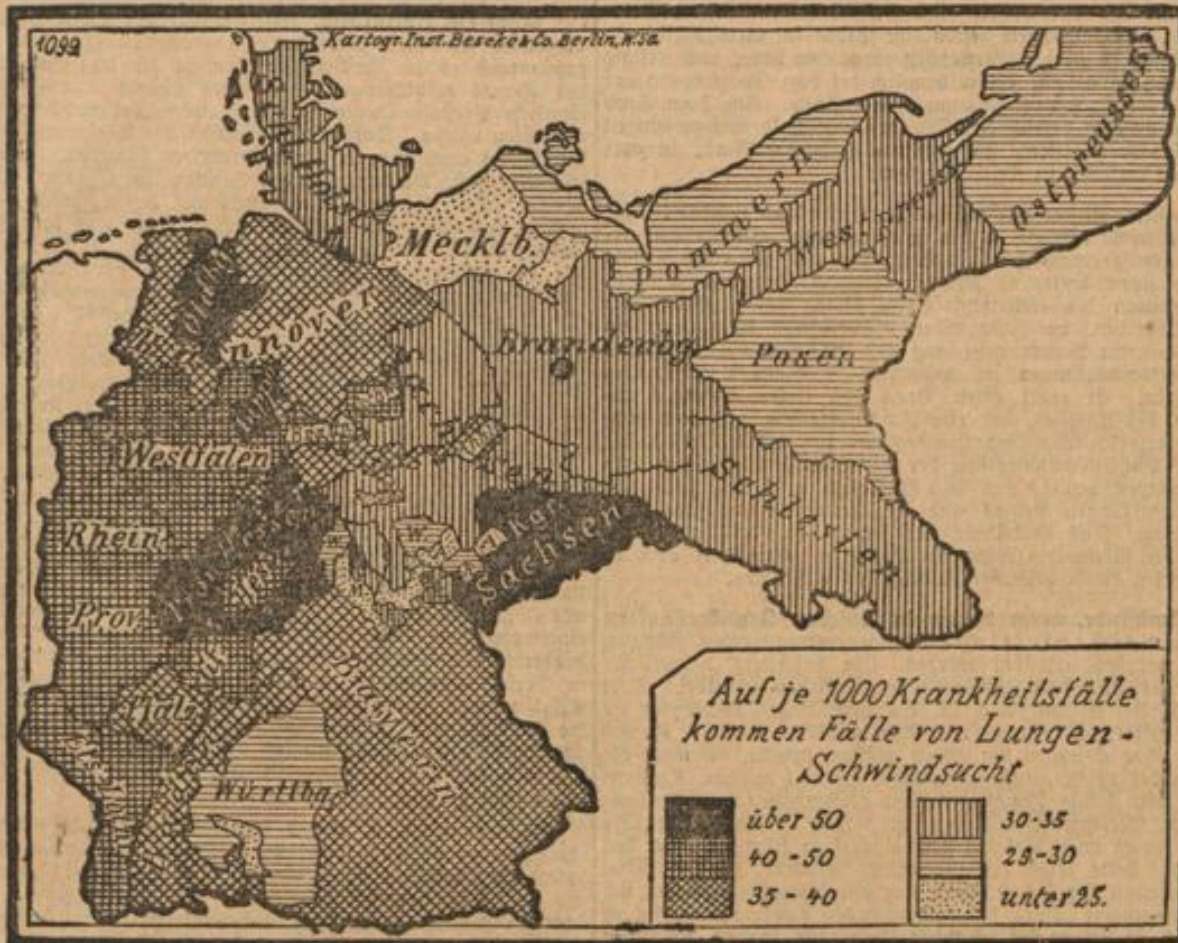
Rudolstadt, 22. Mai 1899.

Die ganze heutige Sitzung wurde noch durch die Berichte der Delegierten ausgefüllt. Die Darstellungen ergaben daselbst Bild, wie die gestrigen Berichte. Trotz guten Geschäftsganges niedrige Löhne und lange Arbeitszeit und bei alledem lassen es die Fabrikanten oft an den einfachsten Anforderungen, die man in Bezug auf Reinlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt der Arbeiter an die Fabrikräume stellen muß, gänzlich fehlen.

Vom Tuberkulose-Kongress.

Seit dem Beginn der parlamentarischen Pfingstferien ist das Reichstagsgebäude von dem Komitee des Tuberkulose-Kongresses in Beschlag genommen worden. Nur wenige Tage standen zur Verfügung, in der kurzen Zeit ist aber viel vorbereitet worden. In der großen Wandelhalle ist eine umfangreiche Ausstellung entstanden, welche eine sehr gute Uebersicht der jetzt schon vorhandenen Heilmittel-Anlagen ermöglicht. Man reißt sich da an Blau, auch photographische Aufnahmen der hässlichen Anlagen sind vorhanden, sie zeigen, wie herrlich gelegen oft diese Herbergen für die Unglücklichen der Unglücklichen sind. Die im Privatbesitz befindlichen Anlagen, in denen naturgemäß nur die Lungenschwindsüchtigen aus den „oberen Tausend“ Unterkunft finden, machen in der Ausstellung den Anfang. Besonders in die Augen fallen die Anstalten der Dr. Bremerischen Heilanstalt in Göbersdorf i. Schles., in einem idyllischen Thal des Waldenburger Gebirges gelegen. Dort müssen die Kranken mit dem allererforderlichsten Komfort umgeben sein. Eine zweite Kategorie

Zum Tuberkulose-Kongreß.



Bei dem hohen sozialen Interesse, das dieser vom 24. bis 27. d. M. dauernde Kongreß überall findet, wird unseren Lesern die beigezeichnete Karte, welche eine Uebersicht über die Verbreitung der Tuberkulose bezw. der an Schwindsucht erfolgenden Todesfälle giebt, gewiß willkommen sein.

Die Bezeichnung der verschiedenen Gebietsflächen im Deutschen Reich ist durch verschiedenartige Signatur derart kenntlich gemacht, daß sich (man vergleiche die Besondereklärung unten rechts in der Karte) ohne weiteres erkennen läßt, wie viel Fälle von Lungenschwindsucht auf je 1000 Krankheitsfälle in den betreffenden Gebieten kommen. Die geringste Anzahl von Schwindsuchtsfällen kommt auf Westfalen und Thüringen zu, nämlich 25 Schwindsuchtsfälle auf je 1000 Krankheitsfälle. Demnach kommen Ostpreußen, Posen, Pommern, einige Thüringische Staaten und Württemberg mit 25-30 Schwindsuchtsfällen, sodann Westpreußen, Schlesien, Brandenburg, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein und einige kleinere Thüringische Staaten mit 30-35

Schwindsuchtsfällen, alsdann ist Hannover, Anhalt, Bayern und Baden, sowie die Pfalz mit 35-40 Schwindsuchtsfällen auf je 1000 Krankheitsfälle zu verzeichnen. Hierauf folgt mit 40 bis 50 Schwindsuchtsfällen auf je 1000 Erkrankungen Braunschweig, Westfalen, die Rheinprovinz, Hessen und Elsaß-Lothringen. Ueber 50 Schwindsuchtsfälle auf 1000 Krankheitsfälle kommen in Berlin, dem Königreich Sachsen, in der Provinz Hessen, Lippe, Oldenburg und Hamburg.

Inwieweit bei diesem Auftreten der Lungenschwindsucht klimatische, Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse mitsprechen, ist nicht ohne weiteres zu sagen, auffallend jedoch ist die Thatsache, daß in den dichtbevölkerten Industriebezirken im Westen und Südwesten, sowie in den Großstädten Berlin und Hamburg die Lungenschwindsucht ihre verhältnismäßig stärkste Verbreitung zeigt. Es ist zu hoffen, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen des internationalen Tuberkulose-Kongresses einen weiteren Schritt auf dem Wege der Bekämpfung der gefährlichen Volkskrankheit bedeuten.

Generalversammlung des Verbandes der in Buchdruckerei und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Die Generalversammlung, die erste des Verbandes, tagte an den drei Pfingstfeiertagen in Berlin in den „Kaminhallen“. Vertreten waren die Zahlstellen Hamburg, Leipzig, Breslau, Mainz, Kassel, München, Straßburg, Hannover, Stuttgart, Berlin und Dessau.

Die Verhandlungen wurden abwechselnd von der Verbandsvorsitzenden Frau Thiede und von Herrn Kahle geleitet. Als Gäste waren erschienen Herr Sillier für die Steindrucker und die Herren Sachs und Döblin für die Buchdrucker. Die General-Kommission der Gewerkschaften vertrat Genosse Legien. Für den Vorstand des im Sommer 1898 ins Leben getretenen Verbandes erstattete Frau Thiede den Tätigkeits- und Situationsbericht. Danach, sowie nach den Einzelberichten der Delegierten und Delegierteninnen, ist die Zahl der Mitglieder in den meisten Zahlstellen wesentlich dieselbe geblieben. In einzelnen Ortsvereinen ist sie gestiegen. Stuttgart hatte dagegen infolge der Wirtschaftlichkeit des später aus dem Verbandsausgeschlossenen Höchele einen ganz erheblichen Rückgang im Mitgliederbestande zu verzeichnen. Es haben sich jedoch hier in letzter Zeit wieder eine kleinere Anzahl neuer Mitglieder angemeldet. Auch in Leipzig war der Rückgang der Verbandsmitglieder zeitweilig außerordentlich stark. Seit dem Februar ist aber die Mitgliederzahl des Ortsvereins Leipzig wieder von 45 auf 120 angewachsen. Ingesamt hat der Verband 1428 Mitglieder, wovon etwa 650 Arbeiterinnen sind. Wo Arbeitsnachweise bestehen, ist man mit ihrer Wirksamkeit recht zufrieden. In mehreren Städten sollen solche noch errichtet werden. Die Lohnverhältnisse sind sehr verschieden, am günstigsten sind sie in Berlin und Hamburg. In Mainz lassen sie viel zu wünschen übrig, denn da giebt es Hilfsarbeiterinnen mit Wochenlöhnen von 4-7 Mark, während Anlegerinnen ebendieselbst 9-10 M. verdienen. In Kassel wird noch 10 Stunden gearbeitet und das Ueberstundenwesen soll dort haarsträubend sein, ebenso in Mainz. Süber, der Delegierte beider Städte, führte aus, die Prinzipale lehnten sich absolut nicht an die Schlichtungsbestimmungen der Gewerbe-Ordnung. Der Redner, wie auch Venice (Straßburg) wünschten, daß sich die Buchdrucker und Steindrucker der Organisation ihrer Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen mehr annähmen. Reihorn erwiderte dankend an, daß in Leipzig die Hilfsarbeiterbewegung im Verein Leipziger Buchdrucker einen starken Rückhalt habe. Im Laufe der folgenden Debatte betonte noch Günter (Hamburg), daß ein Teil der Buchdrucker den Hilfsarbeitern nicht recht wohl wolle, worauf Weich (Berlin) antwortete, man solle nicht die Fehler einzelner der Gesamtheit anrechnen. Sillier als Vorsitzender des Steindrucker-Verbandes erklärte, daß er und seine Kollegen im Vorstände dieses Verbandes gern bereit seien, nach Möglichkeit die Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu fördern. Wenn einzelne Steindrucker oder Buchdrucker dagegen anträten, dann möge man dies sofort ihm bezw. dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes mitteilen.

Auf Beschluß des Verbandstages wird die Frage des Arbeitsnachweises besonders erörtert. Fraulein Wien referierte über die Verhandlungen der Berliner Gewerkschaftskommission, welche durch die bekannten Vorschläge des Herrn Dr. Freund vom Centralverein für Arbeitsnachweis veranlaßt worden sind. Sie schilderte ausführlich, wie die Berliner Filiale I mit ihrem Arbeitsnachweise groß geworden sei, und kam zu dem Schluß, daß die Organisation durch die Aufgabe des Arbeitsnachweises ihr Niedergang verlieren würde. Der Arbeitsnachweis der Vereinigung müsse unbedingt erhalten werden. Weich von der Berliner Filiale II schloß sich diesen Ausführungen an und wandte sich gegen die von bürgerlicher Seite angeregten paritätischen Arbeitsnachweise. Günter (Hamburg) äußerte sich im selben Sinne. Die Berliner Erfahrungen träfen auch für Hamburg zu. Auch hier gelänge es, vermittelst des Arbeitsnachweises die Lohnverhältnisse zu regeln und zu bessern.

Warner bestätigte dies und läßt durch Weich einen von der Hamburger Innung herausgegebenen Lehrvertrag vorlesen, mit dessen Einführung die Junglingsprinzipale bezwecken, sich billige und willige Arbeitskräfte zu verschaffen. Unkundige Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sollen eine einjährige Lehrzeit durchmachen. Während der Lehrzeit wird den Mädchen und Frauen ein Wochenlohn von 6 M., eventuell steigend bis 9 M., und den Männern von 9 M., eventuell steigend bis 13 M., gewährt. Der Lernende darf sich nicht weigern, Geschäftsarbeiten auszuführen, weil sie nicht unter seine (oder ihre) angebliche Geschäftsobliegenheiten fallen. Legien rät davon ab, an dem Antrage des paritätischen Arbeitsnachweises, der von unbetheiligter Seite zwischen die Gewerkschaften geworfen sei, zu viel herum zu beißen. Die Arbeitsvermittlung sei die Sache derjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen wollten. Döblin verweist darauf, daß die Gewerkschaftskommission gar nicht beschloffen habe, daß jetzt mit voller Segeln in das Fahrwasser der paritätischen Arbeitsnachweise hineingefahren werden solle. Schließlich wurde folgender Antrag Weich-Müller einstimmig angenommen:

Der Verbandstag schließt sich der Resolution des Frankfurter Gewerkschaftskongresses an und empfiehlt den einzelnen Mitgliedschaften des Verbandes, an nach den vorhandenen Verhältnissen sich ihre Arbeitsnachweise einzurichten; jedoch ist darauf zu sehen, daß die in der Frankfurter Resolution niedergelegten Bestimmungen voll und ganz erfüllt werden.

Nach dem vom Kassierer Schulz gegebenen Kassenbericht betragen die Verbandsbeiträge in der Zeit vom 13. Juli 1898 bis zum 8. Mai 1899 insgesamt 5882,02 M., die Ausgaben 2178,52 M. Nach Berechnung einiger Tageseinnahmen und -Ausgaben war am 9. Mai ein Barbestand von 3890,43 M. vorhanden. Unter den Einnahmen befinden sich ein Beitrag von 1000 M., den die General-Kommission der Gewerkschaften zur Agitation gestiftet hat, und die von den Lokalvereinen bei Gründung des Verbandes geleisteten freiwilligen Beiträge von 440 M. Die Revisionskommission stellt fest, daß die Kassenverhältnisse in bester Ordnung seien, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde.

Die Anträge zur Aenderung des Statuts, insbesondere die, welche die Regelung des Unterstützungswesens und der Beitragspflicht bezwecken, führten zu längeren Debatten. Auf eine Aenderung des Verbandstitels wurde verzichtet. Der Verbandstag beschloß unter anderem: Im § 1b ist als ein Mittel zur Erreichung des Verbandszweckes neben der Unterstützung arbeitsloser Mitglieder auch die gemahregelter Mitglieder anzuführen; ferner ist als eine neue Bestimmung g dem § 1 hinzuzufügen: „Jahresweise Aufstellung von Verzeichnissen.“ § 3 wird redaktionell und am Schlusse derart geändert, daß die Beschwerde wegen Verweigerung der Aufnahme in den Verband nicht bloß beim Verbandsvorstand, sondern auch beim Verbandstage angebracht werden kann. Aus dem § 6 wird die Bestimmung gestrichelt, nach welcher bisher die aus dem Verband ausgeschlossenen im Publikationsorgan zu veröffentlichen waren. § 8 erhält folgende Fassung: Die Höhe der Unterstützung (Arbeitslosen- und Gemahregelten-Unterstützung), welche für männliche und weibliche Mitglieder gleichmäßig ist, sowie die Dauer derselben bestimmt der Verbandsvorstand. Die Unterstützung wird jedoch nur gezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit die Dauer von mindestens sechs Tagen umfaßt.“ § 9 fällt weg. Nach der neuen Fassung des bisherigen § 11 kann den Mitgliedern, die infolge ihrer Mitgliedschaft oder ihres Eintretens für die Verbandsprinzipien nachweislich gemahregelt werden, eine höhere als die sonst übliche Unterstützung gewährt werden. Dem § 14 wird hinzugefügt: „Mitglieder, welche krank oder ohne ihr Verschulden arbeitslos werden, sind während der Erwerbslosigkeit von der Beitragszahlung befreit.“ Kleine Aenderungen erliefen außerdem eine ganze Reihe von Paragraphen. Von nun an sind von den Verbandstagen nur der Vorsitzende und der erste Kassierer des Verbandes zu wählen. Die übrigen Vorstandsmittelglieder werden alljährlich von den Mitgliedern des Ortes gewählt, wo der Verband seinen Sitz hat. In der Zeit zwischen zwei Verbandstagen soll zukünftig in dringenden Fällen eine Abstimmung erfolgen.

Hinsichtlich der Unterstützung wurde folgende Resolution gefaßt: „Der Verbandstag spricht den Wunsch aus, der Verbandsvorstand möge die Unterstützung für Arbeitslose mit 50 Pf. pro Arbeitstag auf die Dauer von zehn Wochen festsetzen. Feiertage, welche auf einen Wochentag fallen, gelten als Arbeitstage.“ Die Unterstützung für Gemahregelte möge der Vorstand auf eine Mark pro Tag für die Dauer von zehn Wochen bemessen.“

Eine Beschwerde über mangelhafte Geschäftsführung der Revisionskommission und über angeblich unkorrektes Verhalten der Verbandsvorsitzenden Thiede wurde einer Kommission von auswärtigen Delegierten zur Nachprüfung überwiesen. Die Kommission stellte fest, daß die Angriffe vollständig ungerechtfertigt waren. Damit ist die Sache erledigt.

„Zum Punkt „Presse“ referiert Weich, der Redacteur der „Solidarität“. Redner teilt mit, daß die Existenz des Fachblattes gefährdet sei, nachdem die Stereotypen ihre Obligatorium auf die „Solidarität“ aufgegeben hätten. Die Maschinenmeister würden eventuell ihr Abonnement darauf ebenfalls kündigen. Nur durch eine Erhöhung der Beiträge von 10 auf 15 Pf. pro Woche ließe sich die Zeitung halten. Sie könnte dann obligatorisch eingeführt werden. — Es entspann sich hierüber eine längere Debatte, an der sich auch Sillier und Döblin beteiligten. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen: „Die obligatorische Einführung der „Solidarität“ respektive die Frage der Erhöhung der Beiträge ist den Zahlstellen zu überlassen.“ Im Falle die Ausgaben für die Unterstützung nach Ablauf des zweiten Geschäftsjahres merkwürdig groß werden sollten, ist den Mitgliedern der Antrag (zur Abstimmung) zu unterbreiten, die Beiträge um 5 Pf. pro Person und Mitglied zu erhöhen und zu beschließen, daß 10 Proz. der Einnahme den Zahlstellen für die örtliche Verwaltung zu überweisen sind.“

Neunte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Böttcher.

Köln, 22. Mai 1899.

Erster Verhandlungstag.

Zu der neunten Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Böttcher sind 30 Delegierte erschienen, die 29 Bezirke vertreten. Berlin hat zwei Vertreter geschickt. Die Verhandlungen, die voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen, finden in dem Ehlerschen Lokal im Vorort Rippes statt. Der Saal ist mit Tannengrün und Wimpeln geschmückt; auf der Bühne sehen wir die Wästen von Karl Marx und Ferdinand Lassalle; an den Wänden hängen Flaggen und Tafeln mit auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Inschriften.

Am 11 Uhr vormittags eröffnet der Verbandsvorsitzende Winkelmann (Bremen) mit einer Ansprache die Generalversammlung. Er wirft einen Rückblick auf die Geschichte der Böttcherorganisation und meint dann: Wenn wir auf die geringen Anfänge zurück schauen, so können wir, obwohl noch lange nicht alle Berufs-kollegen organisiert sind, sagen, daß wir eine Achtung gebietende Macht geworden sind, mit der die Unternehmer rechnen müssen. Bei unseren Beratungen wollen wir nicht vergessen, daß wir unter dem Zeichen des Justhauskurses stehen und daß der Staatssekretär Posadowsky erklärt hat: Zu einem Lande, wo die Arbeiter das allgemeine gleiche Wahlrecht hätten, sei das Koalitionsrecht nicht nötig. Wir fürchten den Justhauskurs nicht; denn wir haben die Gewißheit, daß er die Gewerkschaften nicht zu zerstören vermag. Dafür giebt uns die Geschichte die Beweise. In diesem Sinne heiße ich Sie alle herzlich willkommen.

Zu Vorsitzenden werden Ilper-Hamburg und Legner-Leipzig gewählt.

Unter den sechszehn Punkten der Tagesordnung sind die folgenden von besonderem Interesse: Aushahnung einer Verfassung der Organisation der Bremer mit der der Böttcher; die Arbeitslosenunterstützung; die Vorteile einheitlicher Tarifverträge; die Streiks.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Winkelmann. Er stellt einen erfreulichen Fortschritt seit der vorigen Generalversammlung fest, die vor zwei Jahren in Magdeburg stattfand. Die Zahl der Mitglieder habe am Ende des Jahres 1898 in 114 Zahlstellen mehr als 5000 betragen. Der Bericht weist u. a. auf die Unbeständigkeit des Mitgliederstandes hin. Es sei ein immerwährender Zu- und Abgang vorhanden. In den beiden Jahren 1897 und 1898 traten 3202 Personen dem Verein bei, und etwa 3000 sind ihm wieder verloren gegangen. Das komme daher, daß ein großer Teil den Verein als einen Tandenschnitzel ansehe, in den man beliebig und ohne Schwierigkeiten hinein und wieder hinausspringen könne. Hier müsse die Generalversammlung eingreifen. Die Ausgaben für Reise- und Streifenunterstützung seien erheblich gestiegen, ebenso die Ausgaben für Rechtschutz und Gerichtskosten: 1897 385,18 M., 1898 767,81 M. Die Höhe der Ausgabe für Rechtschutz sei auf eine strengere Handhabung der Vereinsgesetze und auf den Posadowsky-Erlaß zurückzuführen.

Aus dem Kassenbericht, den Winkelmann ebenfalls erstattet, geht hervor, daß am 18. Mai 1899 das Vermögen des Vereins 18 851,81 M. betrug und daß die Einnahme des vorigen Jahres die Ausgabe um 10 404,85 M. überstieg.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Defebre. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Kassenführung und beantragen Entlastung. An die Berichte knüpft eine lange Auseinandersetzung, die jedoch nur innere Vereinsangelegenheiten zu Gegenstand hat. Nach einem Schlusswort Winkelmanns wird dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Lokales.

Achtung, Mitglieder der Freien Volksschule. Für die 6. Abteilung wird am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 3/4 Uhr im Leistungstheater „Der Revisor“ gegeben, desgleichen im Friedrich-Wilhelms-Theater für die 3. Abteilung Hauptmanns „Einsame Menschen“. Die Vorstellungen folgen am 4., 11. und 18. Juni. — Die Mitglieder der Zahlstelle 22 (Waale) werden dringend gebeten, ihre Mitgliedskarten behufs Kontrolle mit dem Zahlstellenbuch sofort nach der letzten Vorstellung (Einsame Menschen) in der Zahlstelle abzugeben. Auch die übrigen Mitglieder bitten wir in ihren Zahlstellen die alten Mitgliedskarten mit einer Erklärung der weiteren Mitgliedschaft nach Schluß der Vorstellungen mög- lichst bis 20. Juni abzugeben.

Der Vorstand, J. A.: G. Winkler.

Der Staat der Socialreform.

Ein kleines Genrebild, das über die Principien Aufschluß giebt, nach denen vielfach die Organe des Staates der Socialreform ihre Aufgabe auffassen, bot der von uns am Samstag gebrachte Bericht über die letzte Vätererversammlung.

Um zu zeigen, wie sehr die Vätermeister dem Publikum und den Gesellen gegenüber ihre einfachsten Pflichten großartig verlegen, bringt ein Geselle ein altes, abgesehntenes, von Schmutz flarrendes Butterfaß, das den Gesellen zur Verübung als Waschbecken gegeben worden, direkt aus der Tasche in die Versammlung und zeigt es dort seinen Leidensgefährten.

Was thut in diesem Falle die Polizei des Staates der Socialreform? Wird der überwachende Beamte den Namen des in Betracht kommenden Meisters notieren, damit die Gesundheitspolizei im Interesse der Kunden des Mannes den schweren Verschuldigungen, die der Geselle gegen ihn erhebt, näher treten kann?

Mit nichten!
Verhaftet wird der Gefelle, verhaftet vom Plage weg
und zwar mit der Beschuldigung eines gemeinen, ehrlosen
Vergehens!

Wie ist das möglich?
Unter der preussischen Socialreform nichts leichter als das. Der
Beamtet sagt dem Bedner, der soeben das Interesse der
Öffentlichkeit wahrgenommen hat, ganz einfach nach, daß er
unter dem Verdachte stehe, das nach großer Ueberwindung als
Beweismaterial mitgebrachte Schmutzstück gestohlen zu haben, und
fertig ist die Laube!

Ist das nicht eine Socialreform, um die uns sämtliche Nachbar-
staaten beneiden müssen?
Ein zweites Bild.

Unerschütterlich dem je ist die Lage der Straßenbahn-
Angelegenheiten geworden. Das Einkommen hat sich bedenklich ver-
mindert, da mit der Ausdehnung der 10 Pf.-Teilstrecke die Trink-
gelder mehr und mehr in Wegfall kommen. Der Dienst hin-
gegen hat sich unter der gemeingefährlich langen Arbeitszeit um so
aufrengender gestaltet, besonders für die Wagenführer,
die dazu noch unter dem elektrischen Betriebe keinen Tag sicher sind,
wegen „Gefährdung eines Eisenbahntransportes“ mit Gefängnis
bestraft zu werden. Nach den Regierungsmaximen des Großunternehmens
versucht die Direktion die Angestellten mit ihrer derart ver-
schlechterten Lage durch um so größere Strenge, um so größere
Rücksichtslosigkeit.

Ist es da ein Wunder, wenn das böse Gewissen sich in
der Geschäftslage regt und sie sich keinen Augenblick vor einem
Ausstande sicher fühlt? Jemandem raunt ihr die Mär ins Ohr,
daß Sonntagmorgen ein allgemeiner Streik unter den
Angestellten ausbrechen werde. Es wäre zuviel erwartet von der
feinere Gesellschaft, wenn sie dem befürchteten Ungewitter vor-
beugte, indem sie freiwillig Lohnverhörungen und Arbeitszeit-
verkürzungen anordnete, Maßregeln, die sich ohne nennenswerte
Verzögerung der Dividende mit einem Federstrich einführen ließen
und die Unglückseligen beruhigen würden.

Wofür lebt man im Staate der Socialreform, wofür ist die
Polizei des Staates der Socialreform da! Sie muß helfen.
Die Polizei kommt schieblich den Wünschen des Großunternehmens
nach, und die Wähler warten am Dienstagmorgen mit folgender
Nachricht an:

„Polizeilich besetzt wurden am ersten Pfingstfeiertage
morgens die Depots der Großen Berliner Straßen-
bahn, soweit solche elektrischen Betrieb besitzen. Am Sonntag
nachmittag war das Geräusch verbreitet, daß am ersten Pfingst-
feiertage Schaffner und Wagenführer der elektrisch betriebenen
Linien in einem allgemeinen Ausstande eintreten wollten.
Seitens des Polizeipräsidiums, das wohl Aus-
sicherungen infolge des event. Streiks erwartete, wurde
angeordnet, daß die Straßenbahnhöfe von uniformierten und
Arminialschutze besetzt würden. Glücklicherweise aber
erwies sich diese Vorsichtsmaßregel als überflüssig, denn das
Personal der Straßenbahn erschien pünktlich im Dienst, und gegen
8 Uhr morgens konnten sämtliche Polizeireviere um Zurück-
ziehung der Posten ersucht werden.“

In einem wilden, von der Socialreform unbedeckten Lande wie
England hätte das Oberhaupt der örtlichen Sicherheitsbehörde in
solchen Fällen ziemlich bestimmt die Gelegenheit benützt, um der
Straßenbahn-Gesellschaft wegen der Sünden, die sie an ihren
Ausgebeuteten begangen, recht ernsthaft die Reviden zu lesen.

Wie anders bei uns, die wir uns einer Socialgesetzgebung er-
freuen, um die uns nach der kapitalistischen Presse die ganze Welt
beneidet.

Die Mutmaßung allein, daß ein Streik ausbrechen
könnte, und die fernere Mutmaßung, daß es bei dem
gemutachten Streik auch zu Ausschreitungen kommen könnte,
genügt vollkommen, um zur Verwunderung der pünktlich wie alle
Tage antretenden Angestellten die Straßenbahn-Depots mit starken
Schutzmännern besetzen zu lassen!

Und unter solchen Umständen wundert sich der Philister immer
noch, daß die nach Millionen zählende Anhängerschaft der Social-
demokratie sich alljährlich um neue Hunderttausende
vermehrte.

Die deutschen Arbeiter verdienen den „Staat der Social-
reform“, wenn dem anders wäre.

Gegen das Kaufen an den Fingernägeln wird in der
„Völkchen“ die Lehrschrift aufgeführt. Die weit diese
süße Angelegenheit unter den Kindern verbreitet ist, zeigt das Er-
gebnis einer Prüfung der Fingernägel, die bei
1000 Schülern und Schülerinnen — anscheinend an Berliner
Gemeinschaftsschulen — privatim vorgenommen wurde. Bei
130 Kindern war der freie Nagelrand bis zu der Stelle abgebissen,
wo der Nagel fest mit dem Nagelbett verwachsen ist. Bei 100 Kindern
war die vordere Hälfte des Nagels weggebissen und die Fingerringe
war, weil der Wundrand des Nagels fehlte, mehr oder
weniger trümmerförmig zerbröckelt. In beiden Fällen war das
Nagelkaufen bei den jüngsten Schülern ebenso zu finden wie
bei den ältesten, bei den Knaben ebenso wie bei Mädchen, bei ge-
weideten und lebhaften Kindern wie bei schwächlichen und träumer-
ischen, bei wohlgenährten wie bei schwächlichen. Auf Grund dieses
Ergebnisses wird namentlich aus hygienischen Gründen den
Lehrern empfohlen, auf die Nagelkauf zu achten, sie über das Ge-
fährliche und Gesundheitsgefährliche ihrer Angelegenheit zu belehren,
die Fingernägel der Kinder in bestimmten Zeiträumen zu untersuchen
und sich gegebenenfalls deshalb mit den Eltern in Verbindung zu
setzen.

Der erste Feiertag verregnete gründlich. Trübselige Gesichter
bei allen Wirtin der Umgebung, die auf ein gutes Pfingstfest
gerechnet hatten und nun mit ihren Vorräten sitzen blieben. Ging
auch der Montag ohne Regen vorüber, so machte der rauhe Wind
doch einen Aufenthalt im Freien unlieblich. Die Lokale in der nahen
Umgebung der Stadt waren bei alledem überfüllt und die Wirtin
suchten sich für den Ausfall des ersten Feiertags dadurch schadlos zu
halten, daß sie die Eintrittspreise, sowie die Preise für das Kaffe-
trinken bedenklich in die Höhe schraubten. Erst der dritte Pfingst-
tag, der nach alter Sitte meistens noch gefeiert wird, brachte, wenn
auch unter gelegentlichen Regenschauern, eine etwas gelindere
Temperatur.

Abgeschlagig beschieden hat der Oberpräsident der Provinz
Brandenburg eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins im
Osten Berlins bezüglich der gänzlichen Unterjagung des Stra-
ßenhandels. Ein allgemeines Verbot des Straßenhandels für Berlin,
heißt es in dem Bescheide, liegt nicht im öffentlichen Interesse. Durch
die Verfügung des Polizeipräsidiums vom 18. März 1908 sei dem
erwähnten „Nebelstunde“ bereits insofern abgeholfen, als der Straßen-
handel in der Nähe der Markthallen verboten werde. Weitergehende
Einschränkungen des Straßenhandels erschienen vor der Hand un-
thunlich.

Willy Langes vergrabener Schatz ist entdeckt. Der bei
der Verlobungsbuchhandlung Bremer angestellt gewesene Willy Lange
unterschiedlich vor einigen Monaten eine Summe von
40000 M. Obwohl Lange bald darauf verhaftet wurde, war von
dem geriebenen Wurfchen über den Verbleib des gestohlenen Geldes
nichts zu erfahren. Lange gab zu, das Geld vergraben zu haben,
konnte aber nicht dazu gebracht werden, das Versteck anzugeben. In
der folgenden Gerichtsverhandlung wurde der verstorbene Wurfche
dann zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die hohe Strafe übte
jedoch auf Lange nicht den geringsten Einfluß aus, glaubte
er doch, nach Ablauf der fünf Jahre im Besitz des Geldes herrlich
und in Frieden leben zu können. Auf Veranlassung der Kriminal-
polizei wurde nun neben der Hölle Langes jemand interniert, der
sich geschickt mit dem Patron in Verbindung setzte und ihn nach allen

Regeln der Kunst ausfragte. Jureit wich Lange dem Frager geschickt
aus, nachdem ihm dieser aber alle „Heldenthaten“, die er ausgeführt
haben wollte, erzählt hatte, sagte Lange Intraven und gab dem
neuen Freunde den Verbleib des Geldes an und zwar nur
deshalb, weil ihm dieser plausibel zu machen wußte, daß
der aus Papiergeld bestehende vergrabene Schatz nach fünf
Jahren bereits verfault und vermodert sei. Lange, der nun
erfuhr, daß der Helleinhabbar in einigen Monaten entlassen werde,
besprach mit diesem, daß er sich einen Teil von dem gestohlenen
Gelde nehmen und das andere nach Brüssel seinem Bruder über-
senden sollte. Er bezeichnete genau eine Stelle im Grunewald, wo
er seinen Schatz in zwei Seltersflaschen vergraben habe, und fertigte
eine Zeichnung davon an, die er heimlich bei dem Spaziergang auf
dem Gefängnishofe seinem Helleinhabbar zuschickte. Am Sonntag
wurden nun an dem bezeichneten Ort im Grunewald Nachgrabungen
nach dem Schätze gehalten, die auch richtig 30000 Mark, in zwei
Seltersflaschen verpackt, zu Tage förderten.

Die Kunst, Kinder mit auf das Fahrrad zu nehmen. Mühte
sich am zweiten Pfingsttage in sehr schwerer Weise. In der Kieffholz-
straße kam von Treptow her ein Herr, der vor sich einen kleinen
Knaben zu sitzen hatte, in ziemlich scharfem Tempo angetradelt.
Beim Ausweichen der elektrischen Bahn kamen beide, Vater und
Häufiges Söhnen, zu Falle. Der unvorsichtige Radfahrer, ein
Kaufmann aus der Wienerstraße, zog sich eine Armverrenkung und
mehrere Hautabschürfungen zu, während der Kleine noch schwerer
verletzt wurde. Er erlitt einen Bruch des linken Beines. Ein
Augenzeuge des Unfalles, der eine Taschenaepothek mit dem zum
Notverband erforderlichen Gegenständen bei sich führte, leistete die
erste Hilfe. Ein Schlächtermeister, der mit seiner Familie einen Aus-
flug unternahm, gab sein Vorhaben auf, ließ seine An-
gehörigen vom Wagen steigen und beförderte die Verletzten nach
ihrer Wohnung. Das Publikum rief sowohl ihm als auch dem
Herrn, der den Verband anlegte, ein Bravo zu, beehrte ihn aber in
scharfen Worten die leichtsinnige Radelei des Gefährzten.

Die Umstände, unter denen in unseren Krankenhäusern
zuweilen die Leichenektionen vorgenommen werden, sind von
uns schon mehrfach erwähnt worden. Ein besonders bedenklicher
Fall wird uns aus dem Krankenhaus am Urban gemeldet. Dort
war dem Gürtler S. am 16. d. M. ein achtjähriges Töchterchen an
Diphtheritis gestorben. War es nun schon unbillig, daß der Körper
des Kindes ohne Befragen der Eltern geöffnet wurde, so muß die
Behandlung der Leiche geradezu pietätlos genannt werden. Nachdem
der Vater mit seiner Familie in der Leichenhalle der Simeons-
gemeinde zur Beerdigung erschienen war, trug er das begräbnißliche
Verlangen, seinen toten Neuling noch einmal zu sehen. Als er den
Sarg geöffnet hatte, folgte ein allgemeiner Aufschrei. Ueber und über
mit Blut besudelt lag der Leichnam da; am Hinterkopfe zeigten sich
mehrere Öffnungen. Kurz, den Leidtragenden wurde ein Anblick zu
teil, der sich in seiner Schrecklichkeit ihnen für immer einprägen
wird. Wir haben uns bei jeder Gelegenheit bemüht, unsere Leser
von der wissenschaftlichen Bedeutung der Leichenektion zu überzeugen.
Andererseits sollen aber auch die Krankenhausverwaltungen dafür
sorgen, daß den Angehörigen Verstorbener kein schädlicher Grund
zu Wehwerden gegeben werde. Und in hohem Maße verurteilens-
wert muß es genannt werden, wenn das Pietätgefühl in solcher
Weise, wie hier geschehen, verletzt wird.

Eine sehr erhebliche Erbschaft ist in neuester Zeit der
Stadtgemeinde Berlin zugefallen. Die Gemahlin des hier
am 31. März 1907 verstorbenen Baumeisters und Stadtverordneten
Hugo Danke, Frau Anna Danke, geb. Heinrich, hat zum Gedächtnis
ihres Gemahls an dessen Geburtsort am 8. Mai 1890 eine Stiftung
mit einem Kapital von drei Millionen Mark errichtet,
aus deren Zinsen hier wohnhafte Personen beiderlei Geschlechts und
beliebigen Alters, welche nicht der öffentlichen Armenpflege anheim-
gefallen sind, zu ihrem Unterhalt und besseren Fortkommen eine jäh-
rliche Rente von vorläufig 300 Mark erhalten sollen. Die Rente soll
von drei zu drei Jahren bewilligt werden können. In erster Reihe
will zwar die Stifterin ihre und ihres Mannes Angehörige und
deren Nachkommen berücksichtigen wissen, insofern soll die Rente auch
beliebigen anderen Personen unter möglichster Bevorzugung des
weiblichen Geschlechts gewährt werden, u. a. auch solchen Ehepaaren,
deren Kinder und sonstige Angehörige zu ihrer Unterhaltung un-
vermögend sind, und zwar in diesem Falle beim Tode des einen Gatten
unter Fortdauer für den überlebenden Teil. Während nun die
Stifterin für ihre Lebenszeit die Bestimmung der Rentenempfänger sich
vorbehält, soll die Stiftung im übrigen ganz unabhängig durch
ein besonderes, nicht von der Stiftungsdeputation reportieren-
des Kuratorium unter Aufsicht der Mitwirkung der Stadt-
verordneten-Versammlung verwaltet werden. Dies Kuratorium soll
aus fünf ausschließlich vom Magistratskollegium je auf drei Jahre
zu wählenden Mitgliedern, für welche sich die Stifterin auf Lebenszeit
das Präsentationsrecht vorbehält, bestehen, und zwar so, daß
der Vorsitzende und sein Stellvertreter gleichzeitig Magistrats-
mitglieder sein müssen. Die Stiftung tritt erst ins Leben, nachdem
die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung gegeben und
die kaiserliche Genehmigung zur Annahme erfolgt ist. Vor ein-
getroffener kaiserlicher Genehmigung bleibt jedes Geschäft ununter-
stützt aus dieser Stiftung unberücksichtigt.

Gegen die Berliner „Schauspielerin“ Käthe Krüger,
welche hier unter dem Theaternamen Corry-Dorlow in untergeord-
neten Rollen auftritt, ist ein Strafverfahren wegen Betruges und
anderer Eigentumsvergehen eingeleitet worden. Die K. war in den
Angelegenheiten der Berliner Ledewitz sehr bekannt und soll auch in eine der
jüngst aus Tageslicht gekommenen Spieleraffären als „Schlepperin“
verwickelt sein. Da sich die vielseitige Dame der Verhaftung durch
die Klugheit entziehen hat, ist gegen sie ein Steckbrief erlassen worden,
in dem ihr „Berliner Dialekt“ als besonderes Kennzeichen an-
gegeben ist.

Unvorsichtiges Umgehen mit einem geladenen Revolver
hat wieder einmal schmerzliche Unheil angerichtet. Die Modistinnen
Geschwister W. wohnten früher in der Eisenbahnstraße und hatten
sich, nachdem einmal ein fremder Mensch bei ihnen eingebrochen
war, einen Revolver angeschafft, der seitdem mit sechs scharfen
Patronen geladen dalag. Als die Eltern von auswärtig nach Berlin
zogen und für sich und ihre Kinder eine gemeinsame Wohnung
in der Hildebrandstraße mieteten, nahm man den Revolver
dorthin mit. Schon oft hatte ihn W. entladen wollen,
aber seine zitternde Hand brachte es nicht fertig. Seine
Frau traute sich an die Waffe nicht recht heran und die Kinder
hatten auch nicht dazu. Als nun am zweiten Feiertage abends die
ganze Familie beisammen war, kam wieder das Gespräch auf die
Waffe. Die 18-jährige Tochter G. ging in ein Nebenzimmer und
machte sich daran, die Patronen aus der Trommel zu entfernen.
Dabei war sie so unvorsichtig, die Laufmündung auf sich selbst ge-
richtet zu halten. Plötzlich krachte ein Schuß und die Angel drang
dem Mädchen in die Herzgegend und verwundete es schwer. Von
der Rettungswache in der Kaspianen-Allee erhielt die Verunglückte
ärztliche Hilfe.

Von einem Radfahrer umgerannt und schwer verletzt wurde
gestern, Dienstag, nachmittag in der Klosterstraße der 58 Jahre alte
Arbeiter August Wache aus der Pankestr. 11b. Der Mann stieg so
wichtig gegen die Vorderwelle, daß er sich einen Schädelbruch und
andere schwere Verletzungen zuzog. Er wurde auf die Unfallstation
in der Allee Schützenstraße und von dort mit einem Kranken-
rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

**Beim Abspringen von einem elektrischen Straßenbahn-
wagen** verunglückten gestern der Waidenauer Franz Weigel
aus der Kaspianen-Allee 62 und der 58 Jahre alte Arbeiter Albert
Kaiser am Rosenthaler Thor und in der Brannenstraße. Jener
fiel auf den Hinterkopf und zog sich eine bedeutende Verletzung zu,
dieser schlug mit dem Gesicht auf das Pflaster auf und wurde am
linken Knie erheblich verwundet. Beiden leistete die Rettungswache
in der Kaspianen-Allee die erste Hilfe.

Von der Maschine geführt und von seinem eigenen Zuge
zerquetscht worden ist gestern vormittag 11 1/2 Uhr beim Bahnhof
Westend der Giffhäuser Kranich, der von Westend nach der Frank-
furter Allee fahren wollte. Kranich glaubte, daß an der Maschine
etwas nicht in Ordnung sei, lehnte sich hinaus, um nachzusehen, und
schlug dabei mit dem Kopf an einen Pfeller der „Schwarzen Brücke“.
Der Unglückliche fiel von der Maschine herab; wurde überfahren
und auf der Stelle getötet. Er hinterläßt eine Frau und vier
Kinder.

Auch ein Kulturbild. Edele Kunstfreunde geben sich in Stunden
vergessenem Traumes zuweilen dem Gedanken hin, wie ungeheuer
gewinnreich es in künstlerischer Hinsicht für das Volk wäre, wenn
des Feuers wohlthätige Macht eines schönen Vormittags einmal
sämtliche Vorstadt-Theater und noch einige „bessere“ dazu für immer
vernichtet würde. Daß solcher künstlerischer Ekelanarchismus unter
Kunstfreunden auch dem nächsten denkenden Menschen verzeiglich er-
scheinen muß, wurden wir am Sonntag im Osend-Theater
gewahr. Dort führte man ein Stück auf, dessen Inhalt — doch wir
wollen aus schuldiger Achtung unsere Leser mit dem Inhalt der
„Noten Wähler“ versehen. Ein dramatisierter Kolportageroman, in
den die berühmteste unparteiische Zeitung sich sterblich verlieben
könnte und ein Publikum, das diesen Schauerroman einfach ent-
zückend fand. Nach jedem Akt rasender Weisfall, bei dem die
derbe vertrittene Claque kaum die Führung zu übernehmen
brauchte. Bei der dritten Scene des Stüdes, die besonders
haarig war, mischen sich in den Sturm des Entzückens zwei oder
drei schrille Pfiffe. Von der oberen Galerie tönen sie her. „Maus,
maus“, schreit das empörte Parlett, und Ehe die Uebelthäter sich
dessen versehen, waren sie an die frische Luft befördert. Nun war
die Harmonie der Sphären völlig hergestellt. Eine Madame in der
ersten Reihe, die in den vorhergehenden Zwischenpausen mit klar
verständlicher Stimme ihrer Kuhängergeschäfte die Anzeigen des Melan-
vorhangs vorgelesen hatte, sagte ihre Meinung über diesen Zwischen-
fall dahin zusammen, daß eine abschreckende Kritik an sich ja unter
Umständen notwendig, einem so schönen Stück gegenüber aber auf
alle Fälle verwerflich sei. Dann fuhr sie fort, ihrer Nachbarin aus-
einanderzusetzen, daß der Fabrikant des „Disventriller“ ein ganz
großer Socialdemokrat sei und trotz seines bedeutenden Geschäftes
in Versammlungen Reden halte. Je schauerlicher nunmehr das
Stück wurde, je begeisterter gab sich das Publikum. Wie groß ist
die Verführung des Staates, der in der Volksschule fast nichts
zur Ausbildung des Kunstsinnes geschehen läßt und wie unfaßend
ist die Arbeit, die Vereinigungen wie die Freie Volksbühne noch zu
betwähigen haben!

Feuerbericht. Während der Feiertage wurde die Feuerweh
zweimal in Anspruch genommen. In der Nacht zum Sonntag er-
folgte ein Ausbruch der Wehr nach Greifswaldstr. 43/45,
wo eine Scheune und ein Schuppen in Flammen stand. Die Wehr
konnte erst nach 3 1/2 stündiger Vorkarbeit wieder abrücken. Ein Keller-
brand mußte in der Balowstr. 82 beseitigt werden, während
Schulzendorferstraße 2 eine Petroleumlampe explodiert
war. Unbedeutende Brände mußten Prenzlauer Allee 212
und Reichsbergerstraße 113a beseitigt werden. Ein Zimmer-
brand rief die Wehr nach Lausitzerstr. 8. Möbel, Kleidungsstücke und
Bettten wurden hier ein Raub der Flammen. An Lamerstr. 48
brannten Lumpen und Papier im Keller, während Linien-
straße 128 Dachsparren und Latzen eingestürzt wurden. Feuer
wurde die Wehr zweimal wegen Explosion von Petroleumlampen
alarmiert und zwar nach Brunnenstraße 151 und nach
Liegauerstr. 5. Kaffeebaugen und Kohlen brannten Freitag-
abend in der Vorstr. 21. Steglitzerstr. 26a drohte ein
großes Gerüst einzustürzen, doch besetzte die Wehr mit ihren Kan-
zeleinen daselbst an das Gebäude und besetzte dadurch jede größere
Gefahr. Wittenwalderstr. 43 mußten Seegrasmatten ab-
gelöst werden. Gardinenbrände mußten dann noch Prenzlauer-
straße 6 und Ede Grün- und Gertraudenstraße ab-
gelöst werden.

Aus den Nachbarorten.

Die provisorische Rettungsstation, welche von den Berliner
Ruderverein für die Zeit der Pfingstfeiertage auf der Rahns-
dorfer Mole am Müggelsee errichtet worden, ist am ersten
Pfingstfeiertage bereits in Tätigkeit getreten und hat fünf Per-
sonen dem sicheren Tode entzogen. Die genannte Rettungsstation
ist dem Fischereimeister Linsener aus Neu-Rahnsdorf übertragen,
der die schwere Pflicht mit seinem 20-jährigen Sohne Rudolf und dem
ebenfalls wohnenden Fischereimeister Rupe teilt. — Am Sonntagmittag
gegen 1/2 1 Uhr bemerkten die Erwähnten das Sportboot „Juno“,
welches mit fünf Personen besetzt, von der Rahnsdorfer Mühle
kommend, an der Spreemündung quer über den See fuhr. Die
Wellen gingen zu dieser Zeit außerordentlich hoch, und da die
drei Männer erkannten, daß das Boot kentern müsse, bestiegen sie
einen großen Rettungsflach und stiegen vom Ufer ab. Sie waren
jedoch kaum 300 Schritt gefahren, als das Sportboot umschlug. Mit
Mühe nur gelang es, die Aufstehenden zu erfassen und dem
stürmischen See zu entreißen. Raubzu zehn Minuten dauerte es,
bis der letzte der Schiffbrüchigen an Bord gebracht worden war.
Jetzt war aber auch das Rettungsboot gefährdet. War schon bei
Aufnahme der Verunglückten Wasser in das Fahrzeug gedrungen, so
schlugen nun die hochgehenden Wellen über das beladene Boot hin-
weg und stülten es zur Hälfte. Nur mit Mühe gelang es den todes-
mutigen Männern, das am Müggel belegene Forsthaus zu erreichen,
wo den Verunglückten, den Kaufleuten Kirchner, Vorchardt, Kater,
Desseldorff und Weber freundliche Aufnahme und Hilfe zu teil
wurde. Sie erholten sich dort so weit, daß sie nach Berlin zurück-
fahren konnten.

Von jugendlichen Messerhelden ist Montagabend der Sohn
Richard des Gärtnereibesizers Schwarzburg aus der Florstr. 77/78
zu Pankow schwer verwundet worden. Der junge Mann hatte
mit einem Freunde, dem Landwirt Otto Huege aus der Berliner-
straße 113 zu Pankow einen Spaziergang nach Schönholz gemacht.
Auf dem Heimwege wurde gegen 9 Uhr abends auf Schönholzer
Geleite, während Schwarzburg etwas zurückgeblieben war, Huege
von einem Bengel von etwa 15 Jahren mit Messersarten belästigt.
Als er ihn zurückwies, ließ der jugendliche Streich einen Pfeif
erlösen und sofort kamen aus dem Gebüsch noch fünf oder sechs
junge Bogenlader herbeigeeilt, die den Wanderer angriffen. Huege
setzte sich zur Wehr und sein Freund sprang ihm bei. Schwarzburg
erhielt aber von einem der Burschen sofort einen Messerschlag in den
Unterleib, sodah die Gedärme herausstraten. Als nun noch andere
Männer des Weges kamen, ergriffen die Streiche die Flucht und
entkamen, weil Huege sie nicht verfolgen konnte, sondern sich seines
Freundes annehmen mußte. Der Schwerverwundete wurde mit
einem Krankenwagen nach Berlin in eine Anstalt gebracht.

Der Selbstmord des Lehrers Hoffmann in Potsdam soll nach
einer Meldung der „Märk. Volks-Ztg.“ zu dem obigenlichen Mith-
handlungsfall im Jolefs-Waisenhause in seinerlei Beziehung stehen.

In einem recht erregten Zustell kam es in der letzten
Sitzung vor dem Pfingstfest in der Potsdamer Stadtverordneten-
Versammlung. Es wurde über die Electricitätsfrage verhandelt,
wobei auch zur Sprache kam, daß die Potsdamer Straßenbahn
wenig Genug gegen das Publikum läbe und ihren Betrieb noch
immer nicht in einen elektrischen umgewandelt habe. Der Rechts-
anwalt Stadtverordneter Dr. Friedländer gehört nun der vor-
berathung der Angelegenheit eingeleitet gemischten Kommission an,
ist aber zugleich auch als Notar bei den Generalversammlungen der
Straßenbahn-Aktiengesellschaft, bei welcher er das Protokoll
führt, thätig. Die Stadtverordneten Baumeister Ebers
und Kaufmann Fröhlich (Antisemit) beantragten deshalb
Dr. Friedländer, weil bei der Sache interessiert, aus der Kommission
auszuschließen. Dr. Friedländer erklärte hierauf, daß er die An-
gelegenheiten der beiden Herren unbeantwortet lassen würde, da er es
unter seiner Würde halte, darauf zu antworten, wenn er es demnach
thue, so geschähe es, um denselben ein für alle mal zu versichern,

*) Nach einer anderen Meldung hätte sich gar nur ein Spah-
vogel mit der Polizei einen Scherz erlaubt.

Das er auch ohne sie zu unterhalten vermöge, was Pflicht und Ehrgefühl gebietet, er befinde, dessen könnten die Herren gewiss sein, so viel Ehrgefühl, wie beide zusammen. Die Stadtverordneten Enders und Frölich sprangen hierauf erregt auf und riefen laut: Das ist eine Unverschämtheit, solche Frechheit, das ist eine Frechheit, wie kann der Herr so was wagen! Der Vorsitzende rief zur Ordnung und aus der Mitte der Versammlung rief man: Das geht zu weit, das ist unanständig! Stadt Frölich versicherte hierauf, daß er gehobenen Tones über solche Angriffe hinwegschreite. Der Antrag wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der Herren Enders und Frölich abgelehnt.

Vermischtes.

Aus Breslau wird über einen Eisenbahnunfall berichtet: Montag nachmittags 4 Uhr 50 Minuten fuhr der von Mogau kommende Personenzug auf dem Freiburger Bahnhof den am Geleise aufgestellten Presshof um. Hierbei wurden neun Personen leicht verletzt. Der Materialschaden ist gering.

Aus Rendsfeld wird gemeldet: Wegen Verabreichung von Arzneimitteln, welche zur Befreiung vom Soldatendienst führen sollten, sind bekanntlich schon früher mehrere Aufsehen erregende Verhaftungen erfolgt. Am Donnerstag und Freitag weilte der Untersuchungsrichter von Elberfeld in derselben Angelegenheit hier und vernahm zahlreiche Personen. Infolge dieser neuen Untersuchung sind (wie die „Köln. Volks-Zig.“ meldet), drei weitere Personen hier verhaftet worden. Ferner wurde die Verhaftung eines Arztes in Köln angeordnet.

Infolge der gemeldeten Vorfälle in Alexandria hat der dortige Gesundheitsrat beschlossen, auf den Schiffspatenten zu vermerken, daß die zwei verdächtigen Krankheitsfälle vereinzelt geblieben und in voller Heilung begriffen seien. Ferner wurde von dem Gesundheitsrat für die Alexandria verlassenden Schiffe angeordnet, daß alle Passagiere und ihr Gepäck untersucht werden sollen. Lebewäsche wird desinfiziert. Wenn 10 Tage nach der Genesung der Kranken kein neuer Fall vorgekommen sein sollte, werden die Schiffe ein reines Patent erhalten.

Bei einer **Überfahrt** auf dem Schweriner See erkrankten am Pfingstsonntag zwei Mitglieder eines Ruderclubs, die aus einem dem Rentier nahen Boote sprangen, um sich durch Schwimmen zu retten. Das Boot schlug nicht um, und die beiden Personen, die in demselben verblieben waren, wurden gerettet. Infolge Umschlagens eines Bootes auf dem Inn ertranken Montag nachmittags, wie der „Frankl. Cour.“ meldet, 10 Personen.

Das **Unglück**, das die Bourbonen in ihrer Eigenschaft als Präsidenten verfolgt, scheint sich durch Gewinne von recht realer Gestalt auszugleichen. Nach einem Telegramm der Zeitung „Kossija“ aus Odessa soll Prinz Jaime von Bourbon bei einer Ziehung am 13. Mai 200 000 Rubel gewonnen haben.

Die **Nachricht** der Verlassenen. Wie aus Rio gemeldet wird, wurde dort der Großindustrielle Kommerzienrat Leo Brodski im Saale des Adelsclubs von einer Französin Namens Delareuse, zu der er in Beziehungen gestanden hatte, mit Schwefelsäure übergossen. Es handelt sich um einen Nachakt.

In **Kopenhagen** fand Dienstag früh 6 1/2 Uhr bei der Fällung von Granaten in dem kieligen Seeres-Laboratorium eine furchtbare Explosion statt. Sieben Arbeiter wurden getötet, ein Interoffizier und zwei Arbeiter schwer verwundet. Das betreffende Gebäude wurde völlig vernichtet; ein Brand entstand nicht.

Gefrandel. Der Dampfer „Paris“ von der American Linie (Southampton-New York) ist am ersten Pfingsttage früh auf der Höhe von Manacles an derselben Stelle auf Strand gelaufen, wo im vorigen Oktober die „Mohagan“ Schiffbruch gelitten hat. Sämtliche Passagiere sind mittels Dampferdampfer in Falmouth gelandet. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Die Postkisten wurden in Falmouth gelandet. Die Mannschaft bleibt an Bord. Nachmittags 3 Uhr blieb ein Versuch, das Schiff flott zu machen, erfolglos. Man hofft, das Schiff bei der nächsten Flut los zu bekommen. Die „Paris“ befand sich auf der Reise nach New York und war in Cherbourg angelangt.

Eisenbahnunglück. Aus Turin, 21. Mai, wird berichtet: In der vergangenen Nacht entgleiste der Postzug zwischen Cambiano und Pessone. Die beiden Lokomotiven wurden umgestürzt, die beiden Postwagen zertrümmert. Die Postbeamten blieben unverletzt; ein Heizer und ein Schaffner wurden verwundet. Zur Verwahrung der Wertobjekte wurden Carabinieri herangezogen. Heute früh wurde der Verkehr auf der Strecke wieder aufgenommen.

Feuerbrand in Alondyke. Das „Antersche Bureau“ hat aus Victoria (British Columbia) folgende Meldung erhalten: Am 25. April ist Dawson City (Alondyke) fast gänzlich durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Der Verlust wird auf mehrere Millionen berechnet. 111 Gebäude im Geschäftsviertel sind abgebrannt, darunter auch die Gebäude der „Bank of British North America“ und der „Bank of Commerce“. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Zwei Schwere-Handlungen sind gemeldet, so daß kein Mangel an Proviant eingetreten ist; Baumaterial ist nicht eher zu beschaffen, als bis die Flüsse eisfrei geworden und die Schifffahrt möglich wird.

Ein **furchtbarer Brand** hat den im russischen Gouvernement Grodno belegenen Marktflecken Porogow vollständig eingeäschert; gegen 3000 Einwohner lagern auf den Feldern. 12 Menschen sollen umgekommen sein.

Der Dampfer des **Norddeutschen Lloyd** „Barbarossa“, der am letzten Donnerstag bei der Ausfahrt wieder umkehren mußte, weil an Bord Feuer ausgebrochen war, ist am Pfingstsonntag von New York in See gegangen.

Infolge **Reißens des Seiles** an der Donaufähre Hörmannsdorf bei Straubing schlug die Fähre um, wobei 14 Personen ertrunken sind.

In **größter Armut** ist in Budapest der bekannte Publizist Graf Nikolaus Bethlen gestorben.

In der **Pulverfabrik** zu Santa Barbara (Spanien) fand eine Explosion statt, welche große Verwüstungen anrichtete. Zwei Personen sind getötet worden.

Marktpreise von Berlin am 20. Mai 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

| | | | | | | |
|-------------------------|-------|-------|----------------------|-----------|------|------|
| *) Weizen D.-Gr. | 16,- | 14,90 | Schweinefleisch 1 kg | 1,80 | 1,10 | |
| *) Roggen | 15,- | 13,90 | Schafschaf | 1,80 | 1,- | |
| *) Futter-Gerste | 13,40 | 12,70 | Dammelfleisch | 1,60 | 0,90 | |
| Hafers gut | 15,00 | 13,10 | Butter | 2,60 | 2,30 | |
| „ mittel | 15,- | 14,60 | Eier 60 Stck | 3,60 | 2,20 | |
| „ gering | 14,40 | 14,- | Käse 1 kg | 2,- | 1,20 | |
| Rüchstroh | 4,20 | 3,80 | Kohle | 3,- | 1,40 | |
| Heu | 7,90 | 4,70 | Hander | 2,00 | 1,- | |
| *) Gersten | 40,- | 25,- | Wachse | 2,20 | 1,20 | |
| *) Speisebohnen | 50,- | 25,- | Barische | 1,80 | 0,80 | |
| *) Wicken | 70,- | 30,- | Schote | 2,20 | 1,20 | |
| Kartoffeln, neue | 6,- | 4,- | Hefe | 1,20 | 0,50 | |
| Rindfleisch, Rente 1 kg | 1,00 | 1,20 | Äpfel | per Schod | 12,- | 2,50 |
| do. Bauch | 1,20 | 1,- | | | | |

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftslehre - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 23. Mai. Weizen und Roggen waren recht fest und um 0,50-0,75 M. höher. Hafer weniger beachtet. Weizen lag fest, Weizen in nördlichen Schichten schwach, in südlichen fest. Die Tendenz des Spiritusmarktes war fest, Vorkaufpreise gering. Angeboten waren 68 000 Liter 70er Ware, die mit 40,40 M. (+ 0,30 M.) gehandelt wurde. 68er Spiritus wurde nicht zugeführt. Termine fest und um 20 Pf. anstehend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird **Dienstag, Donnerstag und Freitag** abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abgehalten.

S. H. 99129. Wenn ein dahin lantender Passant im Verzuge (S. 6) steht, so ist die Klage möglich und, wenn trotz einer Bewanderte Abhilfe nicht geschahen wird, nicht ausgeschlossen. — **S. 2. Kanalstr. 12.** Leider können Sie nur im Wege der Einigung etwas erlangen. Lassen Sie zunächst die Maschinen auf Ihren Namen umschreiben, suchen Sie dann nochmals gegen Zahlung der 20 M. die Maschinen zu erhalten und wenden Sie sich, wenn der Weg abwärts erfolglos sein sollte, in der juristischen Sprechstunde an und — **S. 27. 3a.** Ihr kein Testament vorhanden, so erbt nach männlichem, für Berlin gültigen Recht der überlebende Ehegatte die Hälfte der Gesamtmasse (der Masse, auf der einschließlich der Schulden, das Vermögen der beiden Gatten am Todestage bestand); der andere fällt den übrigen Erben zu. — **Sonnabend, 1 und 2 u. 3.** Der Restaurateur muß das Buch ohne weiteres herausgeben. Besten Gruß.

Witterungsübersicht vom 23. Mai 1899, morgen 8 Uhr.

| Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Witterung | Temper. in C. | Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Witterung | Temper. in C. |
|-----------|--------------------|--------------|-----------|---------------|------------|--------------------|--------------|-----------|---------------|
| Evinenide | 763 | SW | Amalg | 10 | Haparanda | 759 | R | Zwölfig | +0 |
| Hamburg | 763 | SW | Zwölfig | 7 | Betersburg | 759 | — | — | — |
| Berlin | 763 | SW | — | 10 | Kort | 758 | SW | Amalg | 12 |
| Wiesbaden | 762 | SW | Zwölfig | 15 | Worben | 762 | SO | 4bebed | 6 |
| München | 765 | W | 2616.5ed | 15 | Paris | 765 | W | 1 Dunst | 15 |
| Wien | 763 | W | Zwölfig | 15 | | | | | |

Weiter-Prognose für **Wittwoch, den 24. Mai 1899.**
Ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Vom Matterhorn zur Jungfrau
Um 4 Uhr Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit.
Der unverwundbare **Fakir Aratas.**
Das 6jährige **Wunderkind Marietta**
(kann nur im Finster sehen).
Son 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

CASTANS PANOPTICUM

Im Pachorpalast, Friedrichstr. 165.
Neu!! Lebende **Neu!! Photographien!**
Neu!! in Lebensgröße. **Lebende Bilder.**
gestellt von 5 jungen schönen Damen.
„Dreifuss“ dreibeinig, lebend. Tscherkessenpford.

Ostend-Carl Weijz-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 122.
Kapazität! Juni 4. Woche: Kapazität!
Die rote Mühle.
Sensationelles Aufstufungsspiel in 8 Bildern von W. Oronowski und S. Sondermann. Anfang 8 Uhr.
Vorjungs-Bilder haben Gültigkeit.
Vorjungs: Dieserlei Vorstellung.
Im Konzert-Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten.
27 Nummern.
Otto Müller-Körner, Komiker. Emmy Dahl, Kofrausourette. Eugen Andros, Chansonetten-Barodist. Selma Kelay, Duettsänger. Fr. Wlango, Jongleur. The Nelson, Gymnastiker. Gr. Pantominer. Anfang 8 1/2 Uhr. Caesontarten haben Gültigkeit.

Wobitzer Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80-81.
Täglich:
Grosses Konzert
und **Specialitäten-Vorstellung**
ersten Ranges.
Kaffeecke geöffnet. — Volkspartout haben Willigkeit und sind noch zu haben. — Elektrische Beleuchtung.
C. H. Peters.

Theater.

Mittwoch, den 24. Mai.
Obernhaus. Jagdwelke. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neue Oper. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belfing. Gebors. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Valeskion. Anfang 7 1/2 Uhr.
Refusen. Der Schlafwagen - Controleur. Vorher: Zum Finstler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Frau vom Meer. Anfang 8 Uhr.
Neues. Gofunk. Anfang 7 1/2 Uhr.
Dehen. La Traviata (Violetta). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Kammerater. Anfang 8 Uhr.
Welle-Milance. Der Altendubler. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshütisches. Des großen Königs Refus. Anfang 8 Uhr.
Mexanderplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die rote Mühle. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Das Versprechen hinterm Herd. Cousta. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Mylls. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner-Sänger. Anfang 8 Uhr.
Heen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Krona. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorwärts ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Horbe. Operntelephon.
Invalldenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
Schauspiel in 5 Akten von O. Ibsen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Frau vom Meer.
Dreitag, abends 8 Uhr:
Sinn erheuenale: **Satisfaktion.**
Puhlmanns **Vaudeville-Theater**
Inhaber F. Pehlmann,
Schönd. Allee 148, Hofam-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. **Specialitäten-Vorstellung**
mit reichem neuem Programm.

Metropol-Theater.

Behrstr. 55/57. Dir. Rich. Schultze.
Nur sensationelle Spezialitäten.
Mademoiselle Lida
(Die Schlafwagen-Controleurin).
José Hargini (Meisterschafts-Jongleur im Billardsalon).
Frid-Frid (Die schöne junge Berliner Soubrette).
Paul Jülch (der aktuellste Comple-Humorist).
Die Grigorys.
Die Glazerettis.
Die Nolssets.
Der schöne Rigo.
Operette von Zieher.
Zwei grosse Balletts.
Reizender Sommergarten
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr,
Sonn- und Feiertags 1/2 8 Uhr.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rüderrdorfer Straße 71,
am Rüderr Platz.
Täglich:
Großes Konzert
und **Specialitäten-Vorstellung.**
Anf. 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Kaffeecke. Regalbahnen.
Volksbelustigungen aller Art.
Hermann Imbs.

Victoria-Brauerei

Lithowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der **Norddeutschen Säger**
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags
präc. 7. wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorberf. 40 Pf.
Familienbillets 3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Brauerei Friedrichshain.

Täglich **Hagenbecks Polar-Show.**
5, 7, 9 Uhr:
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée).
Operette in 5 Akten und einem Scipitel von Ordouneau u. Sturges. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).

Prater-Theater

Kastanienallee 7/9.
Täglich: **Dorus Red.** Volkshand mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz, Musik von H. Kersch. Kostümsoubrette Fr. Vierrath. Gebr. Milano, Brot. Duet. Tauma-Quartett, Gesang u. Tanz. Aboue u. Campton, Redturner. Fr. Picardy, Pans u. Kopf. Cavillibri. Mr. Hubertus, Rumpfspeier. Ballettgesellschaft. Döring. Mm. Olnka, Gofonograph. Lebende Microphotographien. Konzert u. Ball. Eintritt Wochentags 30 Pf., num. Pl. 50 Pf., Sonnt. 50 Pf., num. Pl. 75 Pf. Kalbo.

Reichshallen.

Bei schönem Wetter in dem herrlichen, aufs prächtigste renovierten Konzertgarten. Bei schlechtem Wetter im großen Theateraal.
Täglich:
Stettiner Säger
(Weibel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Schneider und Schrader.)
Anfang wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Vorverkauf für die Wochentags 40 Pf.). Numertorte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.
Jeden Freitag:
Neues Programm.

Victoria-Brauerei

Lithowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der **Norddeutschen Säger**
(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags
präc. 7. wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorberf. 40 Pf.
Familienbillets 3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Brauerei Friedrichshain.

Täglich **Hagenbecks Polar-Show.**
5, 7, 9 Uhr:
12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson.
Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath.
Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf.
Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Schweizer-Garten

Am Königsdör (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.

Apollo-Theater.

Frau Luna.
Das sensationelle Luftballott **Grigolatis.**
Ferner:
Robert Steidl
Hella Collier
The 3 Gilbars
etc. etc. etc.
Anfang 8. Garten-Konzert 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 60.

W. Noacks Theater.

Bismarckstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Der schöne Frühlingstag
Schwan in 1 Akt von Heise.
Neu! Mausewanzchen.
Voll mit Gesang und Tanz in 1 Akt v. O. Molins. Musik v. G. Steffens.
Im neu renovierten Saal: **Großer Ball.**

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins

und Umgegend.
Freitag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Bayer, in Schmargendorf, Wernmünderstraße 6:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Welthandel im 19. Jahrhundert.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über die Vorbereitungen zum Entwurf des 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Bericht über den 69/10
In dieser Versammlung werden die neuen Mitglieder-Berichtskräfte aus-
gesucht.
Der Vorstand. (V. K. Ferdinand Ewald.

Achtung! Steinseker Achtung!

Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 24. Mai 1899, abends 8 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
im Lokale von Nümann, Brunnenstraße 188.
Tages-Ordnung:
1. Welche Schritte sind zu unternehmen, um unsere im Frühjahre aufgestellten Forderungen durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.
Die Lokalkommission. 174/4

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15. Artistische Leitung: Paul Wittich.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Perfonsals.
Zur erhelligen Kräfte.
Georg Fischer (Viedersänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Hedy Brumlen (Kofum-Soubrette), Dora Marchetty (Vorforce-Quillidristin), The Barings (Crentriques) ufm.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 30 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
In den Pflanzeln: **Großer Ball.**
Die Kaffeecke ist geöffnet. **Max Klem.**

Allen Bewandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Sattler **Gustav Gräbert**, am 20. d. M. nach kurzem Krankenlager unter bestigen Schmerzen verstorben ist. Die Beerdigung findet am **Wittwoch, den 24. d. M.**, nachmittags 4 Uhr, vom Kranenhanse-Beizhansen nach dem Genuas-Richhof statt. Dies zeigt tiefsterblich an 1935 Die trauernde Witwe **Pauline Gräbert** nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am 21. d. M. früh 3 1/2 Uhr ent-
schied nach längerem Leiden unser
lieber Sohn und Bruder
[1886]

Otto Pigors

im 34. Lebensjahre. Um hülles Weileid bitten die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am 24. d. M. nachm. 5 Uhr d. Beizhanshalle des Thomaskirchhofes ab statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute früh 3 1/2 Uhr unser innigstgeliebter Sohn im Alter von 11 Jahren nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist

Ritdorf, den 23. Mai 1899.
Bergstr. 151/52. 1945
Georg Stübinger nebst Frau.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. d. M., nachm. 6 Uhr, von der Beizhanshalle d. Neuen Kirchhof Friedhofes, Stubowstraße, aus statt.

